

Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe
Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Belegungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Rolfbuerdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserats
pro vierstellige Zeile 30 Pf.,
Stellenangebote 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Benachteiligungsaussagen 10 Pf., Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 50.

Berlin, den 11. Dezember 1909.

25. Jahrgang.

Alle vorurteilslosen Beobachter stimmen darin überein, daß für die Erziehung der Arbeiter zu selbständigen Männern und freien, gleichwertigen Bürgern nichts so viel geleistet hat als die Gewerkschaftsbewegung.

Professor Dr. Hertner.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der im Jahre 1905 abgeschlossene Kartellvertrag mit dem Portefeullerverband ist nach erfolgter Verschmelzung der beiden Verbände jetzt mit dem Sattler- und Portefeullerverband erneuert worden. Der Wortlaut des Vertrages ist im Jahresbericht für das Jahr 1904 und im Handbuch auf Seite 233 veröffentlicht. Eine Abänderung ist nur insofern erfolgt, als die unter Ziffer 5 vorgesehenen gemeinschaftlichen Sitzungen in Zukunft nicht regelmäßig, sondern nach Bedarf stattfinden sollen.

2. Ein Rundschreiben des Verbandsvorstandes mit mehreren Beilagen ist in diesen Tagen verfaßt worden. Gau- und Zahlstellenbevollmächtigte, die das Rundschreiben bis zum 13. d. M. nicht erhalten haben, wollen dies hierher mitteilen, damit die Zusendung nachgeholt wird.

3. Dem Kollegen Franz Wäber, geboren 22. Juli 1879 in Nixdorf (B.-Nr. 10 847), ist sein Mitgliedsbuch mit Unterstützungslegitimation abhanden gekommen. Da es nicht ausfindig gemacht werden kann, wird auf das Buch unrechtmäßigerweise Unterfertigung zu erheben, ersuchen wir die Unterstützungsanzähler, hierauf zu achten und das Buch eventuell einzuziehen und an uns einzuliefern.

4. Mit Ablauf des Jahres ersuchen wir, alle diejenigen Mitgliedsbücher mit Buchnummer bis einschließlich 60 000, welche nicht vom Verbandsvorstand, sondern von den Bevollmächtigten der Zahlstelle ausgestellt wurden, zur Erneuerung an den Verbandsvorstand einzuliefern, auch wenn dieselben noch nicht ganz vollgelebt sind. Diejenigen Bücher, die als Ersatz für eine Mitgliedskarte oder als zweite bzw. dritte Bücher vom Verbandsvorstand ausgestellt sind, bedürfen der Erneuerung nicht, sind also nicht mit an uns einzuliefern.

Vor Einreichung der alten Bücher ist darauf zu achten, daß die Einträge auf der Titelseite vollständig vorhanden sind, weil nur dann ein richtiger Uebertrag in das neue Mitgliedsbuch möglich ist. Insbesondere ist auch darauf zu sehen, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers trägt, wobei auch der Rufname vollständig ausgeschrieben sein soll.

Die Inhaber solcher Mitgliedsbücher ersuchen wir, sofern sie ihrer Vertragspflicht bis einschließlich 52. Woche genügt haben, ihre Bücher schon jetzt an den örtlichen bzw. Gau-bevollmächtigten einzuliefern, um nicht in den ersten Wochen des Jahres durch die große Zahl der eingehenden Bücher an der schnellen Erledigung der Umschreibung behindert zu werden.

Die alten Mitgliedsbücher werden den Mitgliedern mit den neuen Mitgliedsbüchern zurückgegeben.

Der Verbandsvorstand.

Scharfmacherpläne.

II.

Zurück zur Leibeigenschaft?

Der Zentralverband der Industriellen rüstet zu einem Entschleunungskampf! Die Arbeit! Sie Kapital! Das wird mehr als je zuvor der laute Stumpf der nächsten Wochen sein. Mit dem geplanten Korruptionsfonds will er sich einen ihm gefügigen Reichstag kaufen, der lakonisch auf jeden Wink der Schlotjunker gehorcht, und zugleich will er versuchen, die aufstrebende Arbeiterkraft zurückzuzwingen in die Leibeigenschaft!

Beide Pläne sind Künsterleistungen eines und desselben Willens: Der Herr im Hause Standpunkt soll aufgerichtet werden wie ein rocher de bronze! Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter soll vernichtet werden!

Dort, wo der Kapitalismus seine Herrschaft durch gewaltige Hochöfen ankündigt, die mit ihrem Feuerstein weithin das Dunkel der Nacht erhellen; dort, wo die Erde durchwühlt und ihrer schwarzen Diamanten beraubt wird, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, soll der erste Schlag fallen, und die Avantgarde der Scharfmachertruppe, die Beherrscher des Kohlenjohndats, sollen ihn führen!

Dieselben Herren, die schon seit Jahr und Tag das deutsche Volk schamlos plündern, da sie durch ihre Syndikatspolitik den unentbehrlichsten Heizstoff, die Kohle, enorm verteuern, sie wollen jetzt auch das Arbeitsnachweiswesen zentralisieren und damit eine Waffe gegen die Arbeiter schmieden. Vor sechs Wochen meldeten wir schon, daß nach dem sauberen Plan der Zechenherren das rheinisch-westfälische Kohlengebiet mit einem Netz von Arbeitsnachweisstellen durchzogen wird, die mit einer Zentralfeste in Essen in Verbindung stehen, und kein Arbeiter wird künftig in den Kohlenruben des Bezirks Arbeit finden können, wenn er nicht durch den Zwangsarbeitsnachweis vermittelt wird. Dabei ist es den Zechen gestattet, Arbeiter trotz des Ueberweisungsgebots des letzteren abzulehnen.

Für den Kenner der rheinisch-westfälischen Verhältnisse genügt dies, um beurteilen zu können, welche Absicht hinter dem Treiben steckt. Ein Maßregelungsbureau soll geschaffen werden, das die Vergarbeiter in die Hörigkeit der Feudalzeit zurückzwingt! Dies Streben der Zechenherren ist alt, auch die Methode nicht neu, aber der Plan ist sorgfältiger ausgeklügelt, großzügiger angelegt als die Wege, auf denen man bisher das gleiche Ziel zu erreichen suchte.

Die rheinisch-westfälischen Zechenherren sind auch bisher um Anhebungsversuche nicht verlegen gewesen. Durch streupellose Agenten suchten sie

bisher leichtgläubige, billige und willige Arbeiter aus aller Herren Länder anzulocken, um Profit aus ihren Knochen zu quetschen und die industrielle Reservearmee zu vergrößern, damit sie den Preis der Ware Arbeitskraft recht niedrig halten konnten. Würde auch von ihren Kreaturen bei diesem Sklavenhandel Treu und Glauben mit Füßen getreten, Hunderte von Männern, Frauen und Kindern aus ihrem Heimatboden entwurzelt und der Not, dem bittersten Elend überantwortet, was verschlug's! Die Flüche der Betroffenen, die Tränen darrender Weiber und Kinder sind jauchzende Musik, wenn nur der Weizen des Kapitalismus blüht. Durch Zechenwohnungen, Werkstätten und ähnlichen Wohlfahrtschwindel suchte man die Arbeitsklaven an die Stätten der schwersten Fron zu fesseln, und wenn sie dennoch an ihren Ketten zu rütteln wagten, dann hatte kapitalistische Brutalität das System der Ueberweisungsgebote erdrossen, um die Murrenden mit den Stöpseln einer sechsmonatlichen Arbeitslosigkeit zu züchtigen.

Aber diese Maschinerie der Bedrückung funktioniert noch nicht nach Wunsch, dann und wann konnten die zum Hungern verurteilten „Heer“ sich noch den Verfolgern entziehen, darum soll die Technik des Aus Hungerungsstems verbessert werden durch das zentrale Maßregelungskontor! — Dort werden vom 1. Januar des Jahres 1910 ab alle Fäden zusammenlaufen, die sich wie ein unentwirrbar, unzerreißbares Netz über das viel-tausendköpfige Heer der Vergarbeiter des Ruhrreviers legen und jede freie Bewegung derselben unterbinden sollen. Was der Mannfelder Vogelfänger mit den Maschinengewehren erzwingen wollte, das suchen seine Kollegen an Rhein und Ruhr durch die geräuschloser funktionierende Maschinerie des Zwangsarbeitsnachweises zu erzielen: Die Arbeiter sollen zwar ihre Rechte aus der Gewerbeordnung, sollen ihr Koalitionsrecht behalten, aber diese Rechte sollen in ihren Händen hölzerne Schwerter sein, sie sollen den Schein des freien Arbeiters besitzen, in Wirklichkeit aber an der Kette eines allmächtigen Arbeitsnachweises gefesselt liegen.

Was die Arbeiter bei der Einführung des Zwangsarbeitsnachweises zu erwarten haben, lassen einige interessante Enthüllungen aus den Geheimakten des Arbeitsnachweises der Industriellen in Mannheim-Ludwigshafen erkennen, die der „Vergarber“, das Organ des christlichen Vergarbeiterverbandes, gerade zur rechten Zeit ans Licht zog. Dieser Arbeitsnachweis ist in ähnlicher Weise geregelt, wie es auch vom Zechenverband im Ruhrgebiet geplant ist. Die dem Arbeitsnachweis angeschlossenen Firmen dürfen Arbeiter nur durch den Arbeitsnachweis beziehen. Auf dem Arbeitsnachweis werden die Arbeiter aufs eingehendste an mehreren Schaltern geprüft. In den Listen des Arbeitsnachweises ist die Zeichenprache üblich. Durch Zeichen wird alles mögliche angedeutet. Für die Sünden ist ein schwarzes Buch angelegt. Aus den

verschiedensten Gründen werden die Arbeiter von der Arbeit ausgesperrt. Das Zeichen z. K. bedeutet „zu keinem“ und darf ein mit diesem Zeichen versehener Arbeiter bei keinem Mitgliede eingestellt werden. Verschiedene Formen der Stempel auf der Aboehr zeigten der Nachweiskasse, was mit den Leuten passieren sollte.

Der „Bergknappe“ publiziert einen längeren Auszug aus dem im Nachweis angelegten Register, das in geradezu erschreckender Deutlichkeit zeigt, wie jeder Arbeiter in Acht und Bann erklärt wird, der sich irgendwie mißlieblich gemacht hat. Wie ein Bluthund ist dieses Maßregelungsbureau hinter dem Arbeiter her, um ihn zu Tode zu hegen. Nur einige wenige von den Stigmas, die den Arbeitern aufgebracht wurden, seien hier angeführt: „Anarchist“, „Hauptheker und Aufwiegler“, „Parteiausschlußmitglied“, „freches Benehmen“, „Beleidigung des Direktors“, „sehr tätiger Agitator“, „äußerst frech“, „frech gegen Meister“, „Mädelsführer im Streit“, „christlicher Agitator“, „zu hohe Lohnansprüche“, „wegen Streikpostenstehens“, „Kontraktbruch“, „wegen Rauferei“ und so in unendlicher Folge. Selbst vor der Kennzeichnung einiger mit körperlichen Fehlern behafteter Arbeiter schreckt diese schamlose Unternehmerrubritalität nicht zurück. So werden Leute gekennzeichnet, die einen Leistenbruch, einen Herzfehler oder dergleichen haben. —

Die Vergproben sind aber nur die Pioniere der Unternehmerrubritalität. Das Reß, mit dem sie die Bewegungsfreiheit der Arbeiter einengen wollen, soll nach den Plänen der Scharfmacher weiter und weiter ausgedehnt werden, bis es die ganze deutsche Arbeiterschaft umfaßt. Haben die Vergproben das Maßregelungsbureau den Vergarbeitern aufgegeben, dann wird dieses Joch auch bald den Sittensarbeitern auferlegt werden, und nach und nach werden die Scharfmacher alle Arbeiter unter daselbe bringen wollen. Den Willen haben die Herren; ob sie die Macht dazu haben werden, ist allerdings eine andere Frage. —

Am 26. und 27. Oktober tagte in Hamburg eine gemeinsame Konferenz der Geschäftsführer des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände und der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, die sich mit der Arbeitsnachweisfrage beschäftigte, nachdem das gleiche Thema zuvor auf einer Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller behandelt und vom Oberscharfmacher Bued die Parole ausgegeben war, daß die Arbeitsnachweise in den Händen der Arbeitgeber verbleiben müßten. In der Hamburger Konferenz wurde nach Kräften gegen die öffentlichen und paritätischen Arbeitsnachweise gewettert, und unter frenetischem Beifallsjubel der versammelten Scharfmacher erklärte Ingenieur Thielkow-Hamburg, daß die Gewerkschaften in immer steigendem Maße ihre Kampffonds vermehren, und es sei deshalb eine notwendige Folge, „daß die Arbeitgeberorganisationen geeignete Einrichtungen schaffen, um den Uebergriffen der gewerkschaftlichen Organisationen wirksam zu begegnen“. Da sei „das wichtigste Werkzeug der Arbeitgeber die Einrichtung und der zweckmäßige Ausbau der Arbeitgeberarbeitsnachweise“. „Die Arbeitsnachweise sind berufen, einen erzehrischen Einfluß auf die Arbeiter auszuüben und sie zu angemessener Leistungsfähigkeit zu bringen! — Man möchte also nicht nur die „Aufwiegler“ und

„Geher“, sondern auch die alten, Kranken und schwachen Arbeiter, deren Leistungsfähigkeit um ein geringes zurückging, nachdem sie nach rauhem Lebenskampf ihre Kräfte im Kapitalsdienst aufgerieben haben, zum langsamen Hungertod verurteilen.

Nicht nur die Kohlen- und Eisenmaguaten und die berufsmäßigen Scharfmacher sind eifrig am Werk, der deutschen Arbeiterklasse durch die Arbeitgeberarbeitsnachweise eine Zuchtstrafe zu binden. Auch in unserem Beruf macht sich die Tendenz geltend, die Arbeiter und Arbeiterinnen zum Spielball der zügellosesten Unternehmerrubrität zu machen. Der Verein deutscher Briefumschlagfabrikanten hat auf seiner jüngsten Hauptversammlung in München beschlossen: „Die Mitglieder sollen Angestellte und Arbeiter, die sich im Dienste eines anderen Mitgliedes befinden oder während der letzten sechs Monate befanden, nicht ohne Zustimmung dieses Mitgliedes annehmen.“ Und als vor wenig Wochen ein Angestellter die Herren Briefumschlagfabrikanten anjammerte, sie möchten doch des Grundfakes: „Leben und leben lassen“ eingedenk sein, da wurde demselben von der „Papierzeitung“ entgegen, der Beschluß solle „nur das kollegiale Verhältnis der Fabrikanten untereinander fördern“, und übrigens sei, auch ohne den bindenden Beschluß, dieses kollegiale Förderungssystem auf Kosten der Angestellten und Arbeiter schon längere Zeit im Schwange. Man erdreißt sich also, zum Schaden den offenen Spott zu fügen!

Auch die Berliner Buchbinderinnung beteiligt sich an diesem scharfmacherischen Kesseltreiben. In letzter Nummer der „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“ fordert sie ihre Mitglieder erneut auf, bei Bedarf an Arbeitskräften den paritätischen Arbeitsnachweis zu meiden und nur den Innungsarbeitsnachweis in der Oranienstraße zu benutzen. Es muß darum Ehrenpflicht unserer Berliner Kollegen und Kolleginnen, wie der von auswärts Zureisenden sein, diesen Innungsarbeitsnachweis wie die Pest zu meiden, damit er an seiner Unfruchtbarkeit zugrunde geht!

Dem Streben der Scharfmacher, die Arbeiterschaft in die Leibeigenschaft zurückzugewinnen, müssen die Arbeiter einmütigen Widerstand entgegensetzen. So geschlossen wie die Unternehmer zum Angriff vorgehen, so muß auch die Abwehraktion der Arbeiter erfolgen. Doch bedauerlicherweise sind sich auch hier die Arbeitermassen nicht völlig einig. Zwar sind die Vergarbeiterorganisationen, gleichviel welcher Richtung, entschlossen zum gemeinsamen Abwehrkampf, aber jene Leutchen, die noch alle Ereignisse durch die konfessionelle Brille betrachten, die im evangelischen Arbeiterbund vereinigten Proleten des Ruhrreviers, sie ließen sich von einem nationalliberalen Chefredakteur und einem fremden Prediger derartig einwickeln, daß sie den Zwangsarbeitsnachweis für notwendig erklärten! Um so eifriger muß überall, wo Hämmer dröhnen und Schläge rauchen, wo fleißige Arbeiter Werte schaffen, die Aufklärungsarbeit einsehen. Die Scharfmacherpläne sind nicht nur gegen die organisierten Arbeiter gerichtet, auch die Kranken und Schwachen oder die aus sonstigen Gründen mißlieblich Gewordenen sollen getroffen werden. Der Arbeiter soll zum Leibeigenen des Arbeitgeberturns werden! Mit zynischer Brutalität kommt dieses

Verlangen schon in einer an Reichstag und Bundesrat gerichteten Petition des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller vom 22. April 1899 zum Ausdruck, in der es heißt:

„In der Politik und vor dem Gesetze hat der Arbeiter in unserem Vaterlande die volle Gleichberechtigung (1), in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist er von ihr durch die bestehende Wirtschaftss- und Gesellschaftsordnung ausgeschlossen; denn auf diesem Gebiete tritt unter anderem die Scheidung zwischen den Rechten der Arbeitgeber und den Rechten der Arbeitnehmer ein. . . . Als eines dieser Rechte nehmen wir in Anspruch, daß der Arbeitgeber Herr in seinem Betriebe sein und bleiben muß. Für eine Mitwirkung bezw. Mitbestimmung der Arbeiter in dieser Beziehung gibt es weder Raum noch Recht.“

Im Raum und Recht für die Arbeiter wird nun auf der ganzen Linie der Kampf entbrennen, und eifrigst muß zu ihm gerüstet werden. Die Lebensinteressen eines jeden Arbeiters, einer jeden Arbeiterin stehen auf dem Spiel, darum sollten sich alle Schaffenden zum Kampfe stellen! Sinein in die Organisationen! Schließt die Reihen! Wie einst germanische Krieger sich mit Ketten aneinander banden, damit ihre Reihen nicht wanken und weichen sollten, so muß im Kampf gegen diese Scharfmacherpläne die deutsche Arbeiterklasse der Müllschwur verketten:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr!

Die Gefahren der Zelluloidindustrie und ihre Bekämpfung.

Die juchbare Brandkatastrophe, durch die am 6. Juni 1906 die Zelluloidwarenfabrik von Gebr. Sailer in Ottakring bei Wien eingäschert wurde und bei der 17, meist jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen einen jähen Tod fanden, während viele andere mehr oder weniger schwere Verletzungen davontrugen, hat, mehr wie das bis dahin der Fall war, die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die mit der Verarbeitung des Zelluloid verbundenen Gefahren hingelenkt. Sie bildet somit gewissermaßen den Ausgangspunkt für eine Bewegung zur Herbeiführung einheitlicher und durchgreifender Arbeiterschutzbestimmungen, die wohl in Oesterreich, nicht aber in Deutschland bisher den erwünschten Erfolg hatte.

Wir haben schon in Nr. 36 der „Buchbinder-Zeitung“ die Herstellung und chemische Zusammensetzung des Zelluloid des näheren dargelegt und haben auch auf die leichte Entzündlichkeit des fertigen Stoffes hingewiesen, durch welche bei der Verarbeitung mehr noch wie bei der Herstellung desselben die vorliegende große Gefahr für die damit beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bedingt wird. Jede Berührung mit offener Flamme setzt das Zelluloid in Brand; aber auch jede Berührung mit glühendem Feuer, ja eine bloße Erhitzung des Zelluloid, über die für die Verarbeitung benötigten Wärmegrade hinaus, läßt gelblichweiße Dämpfe entstehen, die ihrerseits wieder leicht Feuer fangen und dieses auf das im Arbeitsraum vorhandene Zelluloid übertragen. Brennt aber Zelluloid einmal, so gibt es kein Aufhalten des Feuers, und nur schleunige Flucht bleibt den in dem betreffenden Raum sich aufhaltenden Personen zur Rettung, weil das Feuer mit großer Schnelligkeit weitere Ausdehnung annimmt und außerdem giftige Gase und Dämpfe entwickelt werden, die schnell Erstäubung und Erstickung herbeiführen.

Hieraus ergibt sich, daß die Gefahr dort am größten ist, wo die Verarbeitung des Zelluloid in verhältnismäßig engem Raum erfolgt, wie das bei-

Las Cigarreras.

II.

Note haben Matschen im Winde, wo Las Cigarreras dahinschreiten. Mühsiggang und lange Wiedertreiben in ihrem Nesselwasser. Aus Triana, Macarena und anderen Vorstädten kommen sie geschleudert — schmauchend, das schwarze Haar traugend und lachend. Unten beim Fluß laufen alle Ströme bei einem mächtigen Bau zusammen, dessen Errichtung neun Millionen Frank gekostet haben soll. Er ist von einem tiefen Graben umgeben, kleine Wachtürme mit langen schmalen Schießscharten schmücken die innere Brustwehr, drinnen wandern Schildwachen auf und ab und im Erdgeschos des Gebäudes rumpelt eine Abteilung Militär. Das Gebäude erinnert an eine Strafanstalt, wird von der Regierung als eine Art Dynamitdepot aufgefaßt und ist in Wirklichkeit die Tabakfabrik.

In der großen gewölbten Vorhalle ist die Wache eben im Begriffe, ein paar Arbeiter, die die Fabrik verlassen wollen, zu untersuchen. Sie stehen mit

über den Kopf erhobenen Armen, während ihr ganzer Körper eingehend betastet wird.

Ueber eine breite Steintreppe werden wir in das Innere des Gebäudes geführt, von dem Doppel-türen zu den verschiedenen Flügeln gehen. Hier besteht die Wache aus Frauen, rüchigen Erscheinungen, wie nur der Süden sie hervorbringen kann; so scheint die Führerin, der wir übergeben werden, ihrem Körperbau nach dazu angetan, mit einem Schlag ihrer Tahe einen Ochsen zu fällen oder das rebellischste Tabakmädchen zweeks gründlicher Leibesuntersuchung auf dem Schoße zappeln zu lassen wie ein kleines Kind.

Von allen Seiten schallt ein gedämpftes, hitziges Summen, als sei die Luft voll von Wespen; und als unsere Führerin eine der großen Türen öffnet, wirkt dies, als sei das Schußbreit in einer Schluße geöffnet worden: ein erhöhter Strom von Lärm und Gestank umwirbelt einen und benimmt einem Luft, Denktrost und Bewußtsein, so daß man, ohne selbst recht zu wissen wie, plötzlich hinabstarrt durch einen 500 Fuß langen Tunnel, wo vier Reihen Weiber Kopf an Kopf über ihren Tabaktopf gebeugt

sitzen. Während sie aufblicken, leuchten ihre Gesichter weiß in dem braunen Tabaknebel und der Lärm verstummt mit einem Schlage; sie starren den Fremden an mit offenen Pupillen und offenem Munde, während die Finger die Zigaretten mit einer Hast rollen, die wie Gefflimmer vor den Augen wirkt. Zwei Köpfe neigen sich nun zusammen und ein Geflüster läuft die Reihen hinab. Man kann ihm folgen wie einer Wellenbewegung, bis es am Ende des Tunnels an das Heiligenbild anschlägt, zurückgeworfen wird, durch die Reihen wieder heraufkommt — und einem plötzlich ins Gesicht prählt als eine in Lachen gefasste leichtfertige Frage. Und wieder kocht der Lärm über, dieser zusammengefaschte Lärm aus mehreren Hunderten lachender, plaudernder, scheltender Gruppen, in Heinen Piffen aufbrandend, während die handfesten Wächterinnen Ruhe schaffend durch die Reihen gehen.

Hier treibt die gute Laune Sevillas ihren üppigsten Schößling; in strahlender Blüte sproßt sie aus giftiger Erde. Unter diesem niederen Sonnengewölbe allein arbeiten 1500 Weiber, diese tausend Pfund Tabak bedecken Tische und Kröge,

spielsweise in der Heimindustrie und in kleineren Betrieben der Fall ist, wo die Beleuchtung des Arbeitsraumes durch Petroleumlampen oder Gasflammen bewirkt wird oder die Heizung durch gewöhnliche Öfen erfolgt und wo enge Wege oder unvortheilhaft gelegene Ausgänge im Notfall das schnelle Verlassen des Raumes erschweren. Eine weitere Erhöhung der Gefahr liegt darin, daß bei der Verarbeitung des Zelluloids, um die Produktionskosten möglichst herabzudrücken und einen um so größeren Profit für den Unternehmer zu erzielen, vielfach jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, die die Größe der sie umgebenden Gefahr nicht zu erkennen vermögen oder diese leichtsinnig mißachten und so unter Umständen namenloses Elend über sich und ihre Mitarbeiter sowie deren Familien heraufbeschwören.

Wie so oft Gegenmaßnahmen erst getroffen werden, wenn ein Unglück geschehen ist, so mußten auch Brände in Zelluloidbetrieben erst eine Reihe von Menschenleben hinwegraffen, bevor ernstliche Schritte zum Erlaß von Arbeiterschutzvorschriften getan wurden. Viermal hatten in der Zelluloidwarenfabrik der Gebr. Sailer in Ottakring bereits größere Brände stattgefunden, allerdings ohne daß Verluste an Menschenleben dabei zu beklagen waren, aber auch ohne daß durchgreifende Schutzvorschriften seitens der österreichischen Regierung erlassen wurden, und erst der Brand vom 6. Juni 1908 schaffte hierin endlich Wandel. Als der österreichische Minister des Innern, Wienertsch, bei Befichtigung der Brandstätte 17 verkohlte Leichen vor sich liegen sah, gab er das feierliche Versprechen ab, daß angefertigt der graufamen Todesopfer nunmehr zur Verhütung solcher Vorkommnisse etwas geschehen müsse, wie es seitens der Regierung wiederholt schon versprochen wurde. Schon wenige Monate nachher, am 18. August 1908, wurde seitens der österreichischen Regierung dieses Versprechen eingelöst und eine Ministerialverordnung erlassen, die in anerkannter Weise Wandel zu schaffen sucht, und die bei gewissenhafter Durchführung wohl geeignet erscheint, die Gefahr bei der Zelluloidverarbeitung nach Möglichkeit zu vermindern.

Nach derselben soll die Zelluloidverarbeitung mehr und mehr auf Großbetriebe beschränkt werden, die ebenso wie der Handel mit Zelluloidabfällen einer behördlichen Genehmigung bedürfen. Für jeden Arbeiter sind mindestens 3 Quadratmeter Bodenfläche und 10 Kubikmeter Luftraum, in Betrieben mit Staubbildung 15 Kubikmeter Luftraum, vorgeschrieben. Sämtliche Betriebsräume dürfen nur zu ebener Erde liegen. Ausgänge, Fenster und Verkehrswege in den Arbeitsräumen sind nach genauen Vorschriften anzulegen, wie auch für die Beleuchtung, Heizung und Lüftung zweckmäßige Bestimmungen vorgeesehen sind, und weiter werden Vorschriften erlassen über die, der Größe und Beschaffenheit der Räume entsprechende, zu gleichzeitiger Verarbeitung oder Lagerung höchst zulässigen Menge von Zelluloid, und über regelmäßige Befreiung der Abfälle und deren Lagerung. Die größte Bedeutung ist aber schließlich der Bestimmung beizumessen, daß „zu allen Manipulationen mit leicht entzündlichen Flüssigkeiten sowie zum Erhitzen von Zelluloid und zu anderen feuergefährlichen Arbeiten nur verlässliche und besonders geübte Personen verwendet werden sollen“.

Diese österreichischen Arbeiterschutzvorschriften für die Zelluloidindustrie, die durch Geldstrafen bis zu 500 Kr. gesichert werden und die dem Gewerbeinspektor ermöglichen, unvorschriftsmäßige Betriebe vollständig zu sperren, haben in Deutschen Reich leider noch kein Gegenstück gefunden. Obgleich auch hier dem Bundesrat durch die §§ 120c und 139a der Gewerbeordnung die Handhabe zum Erlaß einseit-

licher und durchgreifender Bestimmungen gegeben ist, hat derselbe mit Bezug auf die Zelluloidindustrie hierbon noch keinen Gebrauch gemacht, und ist man in Deutschland über einige Polizeiverordnungen und Anordnungen der Gewerbeinspektoren, die natürlich nur für die jeweils in Betracht kommenden Bezirke Gültigkeit haben, nicht hinausgekommen. Trotzdem würde man mit der Annahme wohl gehen, daß sich in Deutschland besonderer Anlaß zum Erlaß durchgreifender Arbeiterschutzvorschriften für die Zelluloid verarbeitenden Betriebe noch nicht gezeigt habe, daß also Brände wie in Wien in Deutschland noch nicht vorgekommen wären. Im Gegenteil, auch hier hat das Feuer gewütet, auch hier hat der Tod seine Beute geholt; auch hier haben Untersuchungen stattgefunden, um zu ermitteln, wer an solchen Bränden schuld habe, und wie solchen Katastrophen für die Folge vorgebeugt werden könne — nur ein bestimmtes Resultat wurde nicht gezeitigt.

In deutschen Zelluloidfabriken fanden in den letzten 10 Jahren 11 größere Brände statt, bei denen teils Menschenleben vernichtet wurden, teils in den betreffenden Betrieben beschäftigte Personen körperlich Schäden erlitten oder in Lebensgefahr schwebten. Insgesamt fanden hierbei 34 meist jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Tod. 20 Beteiligte sind körperlich geschädigt, haben Wochen und Monate in Krankenhäusern zubringen müssen und sind teilweise dauerndem Siechtum verfallen. Wohl an 200 Personen schwebten in Lebensgefahr. Brände in Zelluloidbetrieben, bei denen der Verlust von Menschenleben zu beklagen war, fanden in den letzten 10 Jahren statt: 1899 in Leipzig bei der Firma Engelmann u. Richter, wo 8 Personen ihren Tod fanden; 1903 in Berlin in der Luxuspapierfabrik von Briester u. Co., wo ein Arbeiter vom Tode ereilt wurde und mehrere Arbeiterinnen Verletzungen erlitten; 1907 in Weispolzheim i. G. bei der Firma Hubert u. Co., wo 22 Arbeiter und Arbeiterinnen, und 1908 in Eilenburg in einer Koffstoffabrik, wo 3 Personen dem Feuer zum Opfer fielen. Der folgenschwerste unter diesen Bränden war der, der am 11. Januar 1907 in Weispolzheim bei Strahburg stattfand. Das Feuer brach morgens gleich nach Beginn der Arbeit aus, und zwar dadurch, daß der in der Nähe des Ofens stehende Korb mit Zelluloidabfällen in Brand geriet. Das Feuer verbreitete sich dann schnell auf den ganzen Arbeitsraum und, wie schon oben gesagt, fielen ihm 22 meist jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zum Opfer. Obgleich die Ortspolizei bestimmt hatte, daß die Zelluloidabfälle jeden Abend aus dem Arbeitsraum entfernt werden mußten, war das nicht geschehen, und hatte der Korb mit den Abfällen sogar in unmittelbarer Nähe des Ofens seinen Platz gefunden. Auch eine bauliche Veränderung des Arbeitsraumes war der Ortspolizei nicht zur Anzeige gebracht worden. Beides hatte zur Folge, daß gegen den Betriebsleiter Humbert Anklage erhoben wurde. Bei der Verhandlung erklärte Prof. Rose als Sachverständiger, daß hier die Frage aufzuwerfen sei, ob die Zelluloidabfälle durch eine direkte Flamme entzündet wurden oder ob Zersetzung in gelblich-weiße Dämpfe stattgefunden habe. Daß das Zelluloid durch eine direkte Flamme entzündet wurde, hielt Prof. Rose nicht für wahrscheinlich, dagegen sei es möglich, daß die unter dem Knie des Ofenrohres stehenden Zelluloidabfälle bis auf 90 Grad erhitzt wurden, und dann habe ein heißes Stüdchen, das vom Rohr abfiel, genügt, um das Zelluloid in Dämpfe aufzulösen, die sich dann entzündeten. Daß Humbert diese Möglichkeit habe voraussehen können, müsse er bestreiten. Der Mangel an Türen und das schlechte Öffnen der Fenster könne gar nicht in Frage kommen, denn während einiger Sekunden habe sich in dem Raum soviel brennendes Gas entwickelt, daß

eine Erstüfung aller lebenden Wesen erfolgen mußte. Wenn der Korb nicht am Ofen gestanden hätte, so wäre das Unglück gewiß nicht passiert.

Das Gericht nahm an, daß die Ursache der Entzündung nicht aufgeklärt sei und sprach den Angeklagten frei. Daß der Angeklagte die ortspolizeilichen Bestimmungen übertreten hatte, wurde nicht in Betracht gezogen, obwohl bei Beachtung dieser Bestimmungen sämtliche Arbeiter sich hätten retten können.

Daß solche Urteile nicht dazu geeignet sind, die Unternehmer zur Beachtung der vorhandenen, äußerst mangelhaften Bestimmungen der einzelnen Polizeibehörden und zur Befolgung der Anordnungen der Gewerbeinspektoren zu veranlassen, liegt auf der Hand. Aufgabe der beteiligten Arbeiterorganisationen muß es deshalb sein, im Interesse aller in der Zelluloidindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, nach Kräften auf den Erlaß wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen und deren gewissenhafte Durchführung hinzuwirken. Die Zentralkommission der an der Zelluloidverarbeitung zumeist beteiligten, im Holzarbeiterverband organisierten Stock- und Kammarbeiter hat es im Verein mit den Vorständen des Fabrikarbeiter- und unferes Verbandes unternommen, alles einschlägige Material zu sammeln, um dann mit entsprechenden Anträgen an den Bundesrat und die gesetzgebenden Körperschaften heranzutreten. Den vereinigten Bemühungen der beteiligten Organisationen, die dabei auf wirksame Unterstützung durch die gesamte Arbeiterpresse, durch die Arbeitervertreter in den Parlamenten und alle ernsthaften Sozialpolitiker rechnen, wird es hoffentlich gelingen, für die Zelluloidindustrie Deutschlands, ähnlich wie in Oesterreich, Arbeiterschutzbestimmungen herbeizuführen, die nicht nur „weiße Salbe“, sondern einen wirksamen Schutz gegen die die Arbeiterschaft täglich und stündlich umgebenden Gefahren darstellen.

Zur Neutralitätsdebatte.

Für und Wider.

„Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los“, so können wir mit Goethes Zauberschling ausrufen, denn noch immer gehen uns neue Meinungsfindungen zur Frage der parteipolitischen Neutralität des Verbandsorgans aus der Kollegenchaft zu. Für heute wollen wir wiederum fünf Kollegen an dieser Stelle sprechen lassen:

Aus G u m e r s b a c h schreibt Kollege H. C.:

Die Neutralitätsabhandlung des sonderbaren Schwärmer aus Lauteroden erinnert mich an ähnliche Abhandlungen eines oft genannten Gewerkschaftsredakteurs, und ich kann mich eines gelinden Gruselns nicht erwehren bei der Vorstellung, daß unseren Mitgliedern etwas ähnliches geboten werden könnte. Wir müssen bei den heutigen Verhältnissen auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und können demgemäß die Politik in unserem Organ nicht unbeachtet lassen. Da die Sozialdemokratie, als reine Arbeiterpartei, die Interessen der Arbeiterschaft mit Nachdruck und ohne Scheu verteidigt und die Sozialpolitik zu fördern sucht, so müssen wir schon in unserem eigenen Interesse die Verdienste dieser Partei öfters hervorheben und den jungen und indifferenten Kollegen vor Augen führen, daß die Sozialdemokratie nicht der Popanz ist, als die sie die bürgerlichen Blätter hinzustellen suchen. Wollen wir uns jetzt, wo das Volk bald in jeder Stadt mit dem Stimmzettel in der Hand seine Sympathie für die Sozialdemokratie ausspricht, in den Winkel stellen? Nein, unsere Devise soll heißen: „Schmelde das Eisen, so lange es heiß ist!“ Aufklärend wollen wir wirken, nicht für eine Partei, wohl aber für

aber nicht ein Ventil öffnet sich der frischen Luft. Man kann vor Tabakstaub nicht sehen und vor Tabak- und Menschendüften nicht atmen; obwohl ich ein verhältnismäßig ruhiger bin, hämmert nach wenigen Minuten Aufenthalt hier drinnen der Stopfschmerz dexart an meinen Schläfen, als wollte er mir die Augen aus dem Kopfe drängen. Meine geistigen Kräfte ermatten, ich kann die Umgebung nicht aufnehmen, sammeln und in einem Wibe festhalten; alles dreht sich nur um eines: in die frische Luft hinauszukommen.

Da trifft ein eigener Laut mein Ohr und jagt alle Sinne in Schreden auf — das bekannte Gumpeln von Wiegen, die in Bewegung gesetzt werden. Da steht ja eine — dicht bei uns, halberdeckt unter Tränen und Arbeitstüpfeln, eine alte Holzwiege mit flachgewebten Gängeln. Das Weib, das sie tritt, ist bleich und hat weiße Pflaster an den Schläfen, um den Stopfschmerz zu betäuben; brauner Tabakstaub sitzt ihr im Haar, deckt die weißen Wiegenränder, rändert die kleinen aufgebälhten Nasenlöcher des Kindes. Das Kind aber schläft ruhig trotz Lärm und giftiger Luft; es liegt sogar eine schwache An-

deutung von Mitleid auf seinen Wangen. Und in dem Antlitz der Mutter durchschneidet jeden Augenblick ein Lächeln die verzerrten Züge und macht es scheinen — wie eine weißgefaltete Mauer in greller Sonne.

Es stehen andere Wiegen den Tunnel entlang — im ganzen wohl vierzig; in einigen sitzen die Kinder aufrecht und spielen mit Tabak, als hätten sie schon mit dem Sandwerk begonnen. Während ich mich über eines der kleinen Krüge und es ängstlich wird, sagt eine Frau: „sternst Du nicht einmal Deinen eigenen Vater?“ Sie lachen alle laut, die Mutter aber betrachtet mich einen Augenblick aufmerksam und spüttelt dann lächelnd den Spof.

Einige der Kinder haben wirklich einen Vater, der ihnen hilft, der Mutter Fleiß zu besteuern — sie sind nicht die Bestgestellten. Andere haben nur ihre Mutter und diese vorteilhafte Gelegenheit, sich ihrer Zukunft anzupassen. Sie legen Zeugnis ab von der liebevollsten Fürsorge, und wenn sie den unersättlichen Ginstgast überleben, sind sie selbstredend legitimiert, den Platz an der Seite ihrer Mutter einzunehmen und wie sie einstmal's die

Wiege zu treten, zu stillen und dreitausend Zigaretten täglich zu rollen — falls sie Frauen sind. Sind sie aber Männer, dann ist es ihre unabwiesliche Pflicht, an einer Strakenede zu stehen und zu rauchen, bis sie die höchste Vollkommenheit erreicht haben, was da ist: zweihundert Zigaretten im Tage. Und bringen sie noch mehr zuwege, dann sind sie befähigt, sich in die Reichen jener Buschen zu stellen, die allabendlich mit Hallo vor der Fabrik warben und mit dem reizenden Strome der Mädchen fortgerissen werden, hinaus in das Dunkel der Vorstädte, wo man sie beim nächsten Tagesrauen als bläuliche Gespenster antreffen kann.

Es gibt Engel, die von verdünntem Aether leben, und Batterien, die nur in den tiefsten Moaten gedeihen; aber besitzt wohl ein Geschöpf solche Lebensfähigkeit wie der Mensch? Hier sitzen, aller Hygiene spottend, drei Frauengenerationen und kullen abwechselnd die vierte in Schlaf; und man zeigt uns eine vierzigjährige Mutter, die eben ihrem schreienden Eschgeborenen die Brust reicht, und ein altes Weib, das hundertsechs Jahre alt ist und die letzten achtzig Jahre in der Fabrik gearbeitet hat.

unserer wirtschaftlichen Interessen, welche eben nur von dieser einen Partei voll und ganz vertreten werden. —

Die manchen so unympathische rote Farbe sagt nun einmal nach Lage der Sache uns freizorgantieren Arbeitern besser zu, als Preuhijch-Blau, oder gar das ultramontane Schwarz, und deshalb müssen die Rotischen schon vorlieb nehmen, wenn zeitweise einmal ein Tröpfchen dieser lebhaften Farbe Meßleje in unserer Zeitung hinterläßt.

Die sogenannten „Christlichen“ brauchen wir nicht so sehr zu fürchten, wie Kollege A. N. glaubt. Diese Herren haben durch ihre unchristliche Finanzreform gar manchen blinder-Mittläufer sehend gemacht und ihn auf den rechten Weg geführt. Wer tüchtig agitieren will, sage ruhig den jungen Kollegen die Wahrheit, sage ihnen, wie Tausende von ehelichen, braven Arbeitern auf die Straße geworfen werden, weil ein einziger ihnen ihre vom Staate anerkannten Rechte nicht gewähren will, teile denselben mit, daß durch die Politik der frommen Herren die Lebenshaltung der Arbeiter auf ein niedriges Niveau herabgedrückt wird und daß gerade durch diese Bucherpolitik die „Niedergerickten“ wieder kräftig vorwärts marschieren. Man sage ihnen, daß es nur durch einen einigen-starken Verband möglich ist, die Lebenshaltung des Arbeiters zu heben und ihm ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Wenn dann die neuen Kollegen durch diesen oder jenen Artikel in unserer Zeitung sehen, was die bösen roten eigentlich wollen, dann werden sie sich ein eigenes Urteil bilden und mit der gesamten Arbeiterschaft Seite an Seite kämpfen.

Eine Lauge für die geistige Einheit von Partei und Gewerkschaft bricht auch Kollege W. B., Mannheim, und ist dabei so eifrig bei der Sache, daß er sich nicht einmal Zeit ließ, um Tinte zu kaufen. Er schreibt uns:

Die Neutralitätsfrage, sowie die Ansicht des Kollegen A. N., muten etwas komisch für einen überzeugten Gewerkschaftler und nicht gerade ermutigend an, denn ein jeder, welcher sich in die Arbeiterbewegung hineingelebt hat, kommt zu der Anschauung, daß Partei und Gewerkschaft zwei Begriffe sind, welche auf eins hinauslaufen, da beide dasselbe Ziel verfolgen, nämlich die Besserstellung der Arbeiter und Bekämpfung der Armut, und deshalb zusammengehören. Nun mag Kollege A. N. recht haben, daß Artikel politischen Inhalts nicht in ein Gewerkschaftsblatt gehören, aber dann könnte nur der Grund dafür stichhaltig sein, daß ein jeder Kollege sein täglich erscheinendes Arbeiterblatt liest und dort bereits das gelesen hat, was am Samstag in der „Buchbinder-Zeitung“ steht, und somit der Raum gespart werden kann. Es ist nun aber anzunehmen, daß die Mehrzahl der jungen Kollegen eine Tageszeitung nicht halten, und wenn sie eine lesen, wird es sicher eine bürgerliche sein, deren Artikel zugunsten der Kapitalisten geschrieben sind und der betreffende Leser sicher einen ganz falschen Begriff von Sozialdemokratie und Gewerkschaften erhält. In diesem Falle kann es gar nichts schaden, wenn hin und wieder in der Gewerkschaftszeitung aufklärende, sowie über wichtige politische Fragen, Artikel erscheinen; aber wie gesagt, ein richtiger Gewerkschaftler hat dieselben kaum nötig, da er seine Arbeiterpresse liest.

Ferner mutet komisch an, daß der Name „Sozialdemokratie“ abstoßend wirken soll (und das im 20. Jahrhundert), und wenn dann noch Ausdrücke gebraucht werden von „rot“ und „roter Fahne“, in der Weise, daß man annehmen sollte, es röche nach Blut, und noch dazu der Anarchismus damit vermennt wird, so ist das allerdings etwas kraß.

Nach meiner Ansicht müßte ein jeder Sozialist werden, wer minderbemittelt ist und seine Lage verbessern will; er kann gar nichts anderes sein. Diese Partei ist die einzige, welche in energichster Weise die Armut und das Elend bekämpft und es zu lindern sucht, und für Wahrheit und Recht eintritt.

Die Arbeiterpartei braucht Vertreter in den verschiedenen Parlamenten und diese Vertreter stellt die Arbeiterpartei, die sogenannte Sozialdemokratie. Um wie viel wären wir recht weiter, wenn sich die Arbeiterpartei nicht irre machen ließe, und in jeder Beziehung sich der Partei anschließen würde.

Neutralität? Was verstehen wir darunter? „Neutralität“ soll besagen, daß wir niemand zwingen Sozialdemokrat zu werden, wie wir ihn nicht nötigen, katholisch, evangelisch oder freireligiös zu werden. Das ist Sache des Einzelnen, hierin kann er tun und lassen, wie er für gut findet und nach längerem Aufenthalt in unserer Gewerkschaft wird er schon das Richtige treffen. Neutralität hat aber durchaus nichts mit den Artikeln in der Gewerkschaftszeitung zu tun. Wo ist die Grenze zu ziehen zwischen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Artikeln? Während z. B. die Artikel vom Mansfelder Streik nicht ins gewerkschaftliche Gebiet, handelt es

sich hier nicht um Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern? Wenn diese Artikel nur auch etwas scharf gehalten sind und ins Politische mit hinein spielen, so will das nichts besagen, denn es ist Pflicht der Gewerkschaftspresse, daß sie namentlich die jüngeren Kollegen auf die Ereignisse aufmerksam macht, damit sie sich beizeiten ihrer Lage bewußt werden und sehen, wie Staat und Kapital für sie „sorgen“.

Wenn ein Indifferenten sagt: „Der Verband ist sozialdemokratisch, in den gehe ich nicht!“, so ist das eine Ausrede, um sich von der Organisationspflicht drücken zu können, und zwar ist diese Ausrede eine der gefügigsten. Ich habe in dieser Beziehung schon des öfteren die Beobachtung gemacht, daß dieselben, wenn man diese Entschuldigung widerlegt, sofort mit der anderen kommen: „Der Verband hat für mich keinen Wert!“ usw. usw. Solchen Ausreden soll man gar keine Beachtung schenken.

Genau so die christlichen Gewerkschaften; auch sie wissen, daß wir neutral sind, gebrauchen aber immer und immer wieder dieses Argument im Kampfe gegen uns, und wenn es dieses nicht wäre, so würden sie etwas anderes erfinden, um uns bei den Dummen, die nicht alle werden, eins auszuweichen.

Des ferneren ist es falsch, immer die Buchdrucker als Beispiel hinzustellen. Daß dieselben in bezug auf Lohn und Arbeitsbedingungen besser stehen, wie wir und auch besser organisiert sind, liegt auf keinem Fall daran, daß sie „neutral“ sind als wir, sondern die Verhältnisse im Buchdruckergewerbe liegen ganz anders wie bei uns, sie könnten vielleicht noch viel besser sein, wenn die Buchdrucker weniger neutral wären und etwas mehr Idealismus besitzen würden. Darum lassen wir die „Buchbinder-Zeitung“ wie sie ist, und schließe ich mich dem Wotke an: Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.

Treffend bemerkt auch der Kollege G. F. Würzburg:

Daß diese Neutralitätsfrage einmal gründlich erörtert werden muß, steht außer allem Zweifel. Sie aber zur jetzigen Zeit im Instanzorgan zu diskutieren, halte ich nicht für angebracht, denn wollte man es durchaus gründlich machen, würde es kein Ende geben. Der Kollege A. N. hat noch genügend Zeit, bis zum nächsten Verbandsstag eine Denkschrift auszuarbeiten und dann vorzulegen. In religiöser Beziehung dürfte die Redaktion sich allerdings etwas mehr Reserve auferlegen, fintelma die Artikel, die zu Weisnachten und Ostern erscheinen, sich in keiner Weise zur Agitation in der Provinz eignen. Nun zu Kollegen A. N.! Die Antwort, wie sie Kollege A. N. in seinem Briefe gebraucht (Anarchistenzeitung usw.) müssen unbedingt, und zwar mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, denn sie können nicht bewiesen werden. Der Kollege behauptet, schon jahrelang in der Bewegung zu stehen, da müßte man doch wissen, daß jede auf modernem Boden stehende Gewerkschaft, gleichviel ob neutraler oder nicht, von den Gegnern als sozialdemokratisch bekämpft wird. Die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ ist nicht nur berechtigt, sondern, ich betone, sogar verpflichtet, die Kollegen von den Gefahren, welche ihnen von seiten der Reaktionäre drohen, zu unterrichten. Ist das ein Verbrechen, Kollege A. N., wenn den Mitgliedern vor Augen geführt wird, wie der Staat auf den Pfiff des Unternehmertums herbeieilt und verbietet ist, die Arbeiter, sobald sie das Koalitionsrecht zur Hebung ihrer Lebenslage in Anwendung bringen, mit Maschinen-gewehren niederzukartätschen? Ferner, hätten wir keine politische Vertretung, dann wäre in der Sozialpolitik noch nicht einmal das Wenige, was heute ist, geschaffen. Ich erinnere nur an den Ausspruch Bismarcks: „Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform.“ Würde die moderne Arbeiterpartei politisch gänzlich neutral bleiben, so wäre auch gewerkschaftlich ein Vorwärtsschreiten unmöglich. Wer hat nicht das Protokoll der am 15. Oktober in Berlin stattgefundenen Generalversammlung der Industriellen gelesen? In richtiger Erkenntnis der Lage wollen diese nicht nur gewerkschaftlich sich zusammenschließen, sondern auch mit ihrem Gesche Parlamentarierkandidaten unterstützen, die ihren Wünschen noch gefügiger sind. Mit anderen Worten, sie wollen noch mehr als bisher die Regierung zwingen, bei Lohnkämpfen sich voll und ganz auf ihre Seite zu stellen. Nun eine andere Frage, Kollege A. N.! Weibst denn die Regierung bei einem Kampfe zwischen Arbeiter und Unternehmer neutral? Hier hätte sie doch die Pflicht, vermittelnd einzugreifen, aber was tut sie statt dessen? Maschinengewehre, Kavallerie und einige Bataillone Infanterie werden aufgeboden, um mit Kleinkalibrigen die „Vermittelung“ zu betreiben! Die letzten großen Auspersuchen haben gezeigt, welche Kräfte die Regierung zu vollbringen imstande ist, wenn sie das Streikpostenfischen als eine „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ verdicte.

Die bisherige Diskussion wird hoffentlich dem Kollegen A. N. klargemacht haben, daß unbedingt die Arbeiterschaft, will sie vorwärtsschreiten, politisch vertreten sein muß.

Eigenartige Ansichten verfiicht Kollege A. T. München mit folgendem:

Es ist eigentlich selbstverständlich, daß sich die „B.-Z.“ einer politisch-neutralen Haltung zu befleißigen hat; anderenfalls ist es eine leere Redensart, wenn Verbandsagitatoren versichern, wir ließen jedem seine politische Meinung. In der „B.-Z.“ wurden die sogenannten christlichen Gewerkschaften schon „Zutreiber des Zentrums“ genannt; ja, was ist denn unter den obwaltenden Umständen der „neutrale“ Buchbinderverband? Besonders in den größeren Zahlstellen scheint man sonderbare Begriffe von „Neutralität“ zu haben: Ist der junge, „unaufgeklärte“ Kollege oder das ältere „Maußlein“ endlich Verbandsmitglied geworden, so hat er auch schon die „Pflicht“, das „Arbeiterorgan“, d. h. die sozialdemokratische Zeitung zu abonnieren. Und auch hier, wie überall, hat eine Pflicht andere im Gefolge, zum Beispiel: „Jeder organisierte Arbeiter hat die Pflicht, dem Arbeiterkandidaten seine Stimme zu geben“. Wenn solche Auforderungen auch nicht gerade von der Verbandsleitung ausgehen, so ist diese doch den Mitgliedern gegenüber für die Haltung des Verbandsorgans verantwortlich. Von der „B.-Z.“ darf man nun getrost sagen, daß sie — ganz abgesehen von dem Mansfelder Artikel — nicht nur mit, sondern bisweilen auch in der Farbe des „Vorwärts“ gedruckt ist.

Die erste Frage lautet nun: Ist dieser Zustand für unseren Verband zweckmäßig? Und dabei komme ich zu einem unbedingten Nein! — Unser Verband will alle Angehörigen unseres Berufes umfassen. Nicht nur dies; er will sie auch auf die Dauer zusammenhalten, und gerade diesem Streben stünde eine einseitige, parteipolitische Haltung des Verbandes bzw. seines Organs störend gegenüber. Nebenbei gesagt, ist es widerwärtig-anmaßend, erwachsenen Menschen vorschreiben zu wollen, was sie lesen und politisch unterstützen sollen. — Meine Pflichten dem Verbands gegenüber sind im Statut festgelegt. —

Ferner: Ist es für uns und überhaupt für die Arbeiter zweckmäßig, ihre Organisationen in sozialdemokratisches Fahrwasser zu leiten? — Nein! Wo und los von der Sozialdemokratie; je früher, um so besser! Diese Partei hat ihre Mission bereits erfüllt; das Beste, was sie wirken konnte, nämlich die deutschen Arbeitermassen in Bewegung zu bringen! Ihre heutige und ihre Bedeutung für die Zukunft wird von den Arbeitern im allgemeinen überschätzt. Ihr gelegentliches Säbelgerassel und ihre Tiraden müßten endlich auf dem nächsten Arbeiter komisch vorzukommen, auf Wechsel auf die Zukunft gibt kein Jude mehr etwas. Soweit die Sozialdemokratie als Reformpartei Politik treibt, mögen wir ihr nach Gutdünken — jedoch nur von Fall zu Fall — folgen; und dabei ist es ganz überflüssig, daß die „B.-Z.“ die rote Fahne flattern läßt. Zum Schluß sei die Frage aufgeworfen, ob die Arbeiter die politische Betätigung überhaupt nicht überschätzen?

Den Schluß für heute mögen die Auslassungen des Kollegen D. A. Potkus bilden:

Wenn der Kollege A. N. daran Anstoß nimmt, daß in unserem Verbandsorgan Artikel mit sozialdemokratischer Färbung enthalten sind, so kommt das nur daher, daß uns freien Gewerkschaftlern eben die sozialdemokratische Partei am nächsten steht. Wieso das kommt, wurde in der eingehenden Antwort der Redaktion auf den Brief des Kollegen A. N. schon gesagt. Da noch viele unserer Kollegen entweder überhaupt keine Zeitungen lesen oder doch nur bürgerliche Blätter, die am liebsten die gesamte Arbeiterbewegung mit ihrem Sägenflaum erstickend möchten, ist es Pflicht der Redaktion, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, wenigstens soweit diese gewerkschaftliche Interessen berühren. Uebrigens: Sind denn die christlichen, Hirschs-Dunderschen oder gelben Gewerkschaften parteipolitisch neutral? Steden nicht auch deren Blätter die Fahne jener Parteien heraus, denen sie am nächsten stehen? Wird da etwa keine Politik getrieben? Und gar erst im Unternehmerlager! Wenn unsere Gegner uns vorwerfen, wir befleißigten uns nicht der wünschenswerten politischen Neutralität, dann können wir den Herrschaften mit Recht entgegen: sie möchten sich doch erst mal an die eigene Nase packen.

Warum mit einmahl solche Angst vor der roten Fahne? — Wenn wir die Buchbinderbewegung früherer Jahre verfolgen bis zur Zeit zurück, als noch die „Gesellschaftsarbeit vereinigte Buchbinder“ bestand, da sprach u. a. bei der Jahneversammlung, am 20. Januar 1849, der Vorsitzende der „Deutschen Arbeiterverbänderung“, Herr Louis Wisla, folgende Worte: „Wir fordern nur das natürlichste Recht des

Menschen, seine Kräfte zu verwenden, wo und wie er will. Unser angehtrettes Werk ist gegründet auf die Ideen der Gegenseitigkeit und Brüderlichkeit; wir haben es als vernünftig, wahr und gerecht erkannt. Ist es dies, so wird es trotz aller Anfeindungen und Verfolgungen bestehen; ist es dies nicht, nun so mag es untergehen; so wird es untergehen in dem Strom der Zeiten." Auf die rote Farbe der Fahne bezugnehmend, sagte er: „Unsere Feinde beschuldigen uns, weil wir das Rot als Verbrüderungszeichen benutzen, wir wollten damit Kampf und Revolution, Blut und Mord andeuten. Schmach über diese gemeinen Seelen; die rote Farbe ist für uns das Symbol der Liebe. Wir kämpfen mit den Waffen der Liebe, der Ueberzeugung und der Belehrung; unser Weg ist ein friedlicher, den wir nur im äußersten Notfalle verlassen werden; wir wollen nicht zerstören, sondern aufbauen.“

Werner Kollege A. R., was meinen Sie zu diesen Worten, die aus dem Jahre 1849 stammen?

Mehrer der Not.

Ein arbeitsloser Kollege schreibt uns: Den Artikel „Raub am Brod der anderen“ in Nr. 47 der „Buchbinder-Zeitung“ habe ich mit großem Interesse gelesen und kann den dort gemachten Ausführungen nur voll und ganz beistimmen. Nicht nur für den einzelnen bedeutet dieses Ueberstundenwesen ein Unglück, nein, der Verband selbst hat schwer darunter zu leiden. Denn die vielen Mitglieder, die durch diese Mißwirtschaft arbeitslos werden, müssen dem Verband zur Last fallen. Die Kollegen brauchen sich dann nicht zu wundern, wenn die Beitragsleistungen immer gesteigert werden müssen. Denn durch die Interaktion der vielen arbeitslosen Kollegen geht viel Erworbenes wieder verloren. Aber auch in anderer Hinsicht bedeutet das Ueberstundenwesen einen großen Schaden. Ein hungriger Magen verführt leicht zum Streikbruch. Denn der arbeitslose Kollege hat dieselben Bedürfnisse wie der, der sein Auskommen hat. Wenn nun, Du Freund der Ueberstundenwirtschaft, so viele Ueberstunden machst, so zwingst Du viele Deiner Kollegen zum Hungern, und wenn dann im Falle eines Lohnkampfes einige der Hungernden ihren Genossen in den Rücken fallen, dann ist nicht der Streikbrecher der Allerberächtlichste, nein, Du bist mitschuldig, weil Du durch Deine Ueberarbeit Deinen Kollegen Arbeit und Verdienst genommen und sie oft dadurch erzt zu jenen traurigen Exemplaren der Menschheit gemacht hast. Lange Arbeitslosigkeit, verbunden mit Elend und Hunger, haben in manchem schon jedes Selbstbewußtsein getötet, so daß er ordentlich darauf wartet, auch einmal, wenn auch im Falle eines Streiks, arbeiten zu können, nur um den hungrigen Magen zu füllen.

Kollegen, durch Euer Verhalten schneidet Ihr Euch ins eigene Fleisch, Ihr zwingt Euch selbst Feinde auf. So weit sollten wir doch schon gekommen sein, daß wir auf ohne Ueberstunden das zum Leben Nötige verdienen können. Im anderen Falle bedeutet die verkürzte Arbeitszeit, die wir errungen haben, keinen Fortschritt. Viele werden sagen, daß es in manchen Betrieben nicht anders zu machen sei, wegen Platzmangel usw. Was kümmert uns das? Quält sich der Arbeitgeber im geringsten um uns, wenn er keine Arbeit mehr für uns hat? Nein, er wirft uns einfach auf die Straße. Und wir sollen dem Geldbeutel des Kapitalisten zuliebe das Wohl vieler unserer Kollegen opfern?

Wenn nun durch Verweigerung von Ueberarbeit allen Kollegen Verdienst geboten würde, wie viel Elend stiele dann weg; Elend, das wir nicht den Ausbeutern, sondern den „Ueberfleißigen“ zu verdanken haben. Daß eine Beschäftigung aller nicht unmöglich ist, beweist klar und deutlich die Statistik in Nr. 47. Es ist zu wünschen, daß alle Kollegen sich mit dieser Sache in Versammlungen und eventuell auch auf dem nächsten Verbandstage befassen, damit diesen unheimlichen und unwürdigen Zuständen ein Ende bereitet wird. Die Buchbinder, besonders in größeren Betrieben, sind gut organisiert, sie haben schon oft ihren Willen durchgesetzt und sie werden es auch durchführen können, daß Ueberarbeit verweigert wird, solange ein Kollege oder eine Kollegin ohne Arbeit ist.

A. Sch., Hamburg.

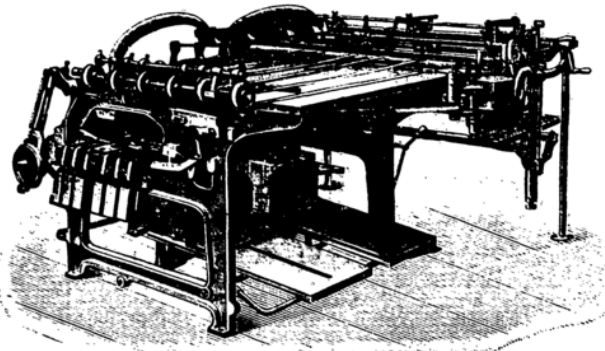
Ganzautomatische Falzmaschinen.

Die rastlos fortschreitende Technik feiert auch in unserem Beruf Triumphe. Eine Arbeitstechnik nach der anderen wird von ihr erobert und eine Arbeitsmaschine nach der anderen wird verbessert. So

sehr man sich darüber freuen mag, daß es dem findenden, prüfenden Menschengeist gelingt, die Arbeit zu erleichtern und zu vereinfachen, neue, leistungsfähigere Produktivkräfte zu wecken, so bedauerlich ist es, daß während der Herrschaft des Kapitalismus jede technische Verbesserung zunächst Elend und Not in den Häuten der Arbeiter hervorruft, bis endlich durch gesteigerten Bedarf an Arbeitskräften oder durch irgendwelche andere Zufälle wieder ein Ausgleich erfolgt.

Auch eine maschinelle Neuheit, die die bekannte Buchbindereimaschinenfabrik Gebrüder Drehmer seit einigen Monaten auf den Markt bringt, kann leicht die Arbeitslosigkeit in unserem Beruf vergrößern, da sie die Tätigkeit der Anlegerinnen an Falzmaschinen vollständig ausschaltet. Es ist die nachstehend abgebildete „Ganzautomatische Falzmaschine“, die jetzt in stetig steigendem Maße mit unseren Kolleginnen in Konkurrenz tritt.

Neben dem Falztisch — bei einer anderen, sonst gleichartigen Maschine, über demselben — ist ein Labetisch angebracht, der imstande ist, circa 5—6000 Bogen aufzunehmen, die durch einen Streichmechanismus unter Transportrollen und von diesen auf den Falztisch gebracht werden. Ehe das Falzmesser die Bogen in die Falzwalzen schlägt, werden sie durch einen mit großem Hub versehenen patentierten Ziehapparat — um alle etwaigen Falten auszustreichen — in die richtige Lage gezogen. Der gemeinsame Antrieb von Falzmaschine und Einlegeapparat geschieht durch eine dreistufige Riemenkette von großem Durchmesser, die durch ein Nabenvorlegegele direkt auf die Hauptwelle treibt. Der Kraftverbrauch ist ein minimaler und beträgt kaum 1/4 PS für die ganze Maschine. Das Einstellen der Maschine und des Zuführapparats nimmt nicht mehr Zeit in Anspruch, als bei einer Falzmaschine mit festen Anschlagwinkeln. Ein Vorteil liegt auch darin, daß man die Maschine in wenigen Minuten für Handanlege einrichten kann. Die Maschine vermag 3000 Bogen



pro Stunde zu verarbeiten, es muß also der Bogenstapel nur vier- bis fünfmal nachgefüllt werden. Die Tätigkeit des Arbeiters beschränkt sich neben dem Einstellen der Maschine nur darauf, ihr von Zeit zu Zeit Futter zu reichen und die bearbeiteten Bogen wieder fortzuführen.

So wird auch in unserem Beruf die menschliche Arbeitskraft mehr und mehr ausgeschaltet und die Maschine tritt an ihre Stelle. Soll die maschinelle Entwicklung unseren Berufsangehörigen nicht zum Verderben, sondern zum Segen gereichen, dann müssen sie Mithalt an einer starken Organisation suchen, damit sie auch der wirtschaftlichen Macht der Besitzer der vollendetsten Produktionsmittel eine gleich starke Gewerkschaftsmacht entgegenstellen können. Wie bei der neuen automatischen Falzmaschine jedes Mädchen ineinandergreift, wie bei ihr Walzen und Bänder zusammenwirken, so müssen alle unsere Berufsangehörigen, Kollegen wie Kolleginnen, sich die Hände reichen zum gemeinsamen Werke: zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung und Erleichterung ihrer Arbeitslast.

Internationales.

Biel. Die im Buchbindergerwerbe bestehenden Differenzen sind durch die stattgefundenen Unterhandlungen beseitigt worden. Neben der Festsetzung der Minimallohne für Buchbinder, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen wurde auch die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage howilligt. Ausserdem erhalten alle Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von fünf Prozent. Die Kündigungen sind zurückgezogen worden und die Sperre über den Platz Biel wieder aufgehoben.

Verschmelzung französischer Gewerkschaften. Der letzte französische Gewerkschaftskongress empfahl den Ausbau der Berufsorganisation zu

Industrieverbänden. Dieser Aufforderung sind bisher die Gewerkschaften des Baugewerbes und der Metallindustrie gefolgt, die, obwohl einzelne Gruppen ihre sogenannte Autonomie immer noch nicht aufgeben wollen, nun schon recht ansehnliche Landesverbände besitzen. Kürzlich hat nun auch der Zentralvorstand des Bergarbeiterverbandes beschlossen, das Tätigkeitsgebiet der Organisation auf sämtliche unter Tag bezw. „in der Erde“ beschäftigten Arbeiter auszudehnen durch Verschmelzung mit den für solche noch bestehenden Gewerkschaften der Schieferbrucharbeiter usw. Ein Einigungskongress soll für Anfang nächsten Jahres nach Albi einberufen werden.

Zentralisationsbestrebungen in den englischen Gewerkschaften. Die Zahl der englischen Gewerkschaften ist ungeheuer gross. Die ständig wachsende Konzentration des organisierten Unternehmertums hat aber auch schon einen Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Notwendigkeit gelehrt, mit der alten Zersplitterung zu brechen und die vielen kleinen Gewerkschaften zu grösseren Verbänden zu vereinigen. So hat kürzlich eine Konferenz von Vertretern der vier wichtigsten Organisationen der Holzindustrie stattgefunden, die sich über die Grundzüge der vorgeschlagenen Verschmelzung einigten, die zurzeit den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt werden. Die neue Organisation wird rund 15 000 Mitglieder zählen.

Der kroatisch-slavonische Buchbinderverband hat in Agram, nach dreiwöchentlichen Kampf, seinen ersten Tarifvertrag durchgesetzt. Sind die materiellen Erfolge zunächst auch nur bescheiden, so ist doch die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses gegenüber der bisher uneingeschränkten Unternehmerrwillkür ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Der Tarif wurde auf drei Jahre abgeschlossen. Er bringt den Arbeitern und Arbeiterinnen die neunstündige Arbeitszeit, nach Altersklassen abgestuft für Gehilfen Wochenminimallohne von 16—24 Kr., für ungelernete Arbeiterinnen 5, und 10 Kr. Minimallohn für ausgelernete Arbeiterinnen. Ausserdem enthält er Bestimmungen über Überstunden, Aushilfskonditionen und Kündigungsfrist. 151 Personen waren an dem Streik beteiligt, von denen 14 Gemassregelte auf der Strecke bleiben, da es der Firma Kugli gelang, alle Posten mit Streikbrecherinnen zu besetzen. Unsere Bruderorganisation hat sich nunmehr auch der dortigen gewerkschaftlichen Landeszentrale angeschlossen.

Korrespondenzen.

Deutschland: Bezug nach Krefeld und Stettin ist streng fernzuhalten.

Vor Arbeitsannahme in Darmstadt sind Erkundigungen bei dem Bevollmächtigten einzuziehen.

Schweden: Ganz Schweden ist gesperrt.

Oesterreich: Nach Brünn (Mähren) und Innsbruck (Tirol) ist Bezug strengstens fernzuhalten.

Ungarn: Ueber die Lederwarenfabrik in Raab und Kaschau ist die Sperre verhängt.

Samburg-Altona. In der Tapetenfabrik „Gansa“ (Jben u. Co.) streift das gesamte Personal. Bezug von Buchbindern, Galanterie- und Kartonnagenarbeitern, Formstechern, Tapetenbruckern, Kutfchern, Chausseuren, Fabrikarbeitern und Arbeiterinnen, Schlossern, Heizern usw. ist daher streng fernzuhalten.

Barmen-Esberfeld. Seit geraumer Zeit war man sich in Kollegenkreisen darüber klar, daß die Entlohnung unserer Kollegen und Kolleginnen eine so niedrige ist, daß bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen unseren Berufsangehörigen eine menschenwürdige Lebenshaltung nicht ermöglicht wird. Da jedoch unser Tarifvertrag noch bis zum 1. Januar 1912 läuft, so beschloß die am 18. Oktober stattgefundene Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle, bei den Prinzipalen um eine Erwerungszulage einzufordern. Zu diesem Zweck setzte sich der Zahlstellenverband zunächst mit dem Vorstand des „Arbeitgeberverbandes der Papierverarbeitungsindustrie des Wuppertals“ in Verbindung, der auch die Gründe anerkannte und versprach, die Angelegenheit einer Hauptversammlung der Prinzipale zu unterbreiten. Inzwischen ist bei sämtlichen Prin-

zipalen (auch bei den Nichtmitgliedern) ein Gesuch um eine Steuerzulage eingereicht worden, in der darauf hingewiesen wird, daß infolge der flossalen Steigerung der Miets- und Lebensmittelpreise die ledigen Kollegen Kostgebaukschläge zahlen müssen und die verheirateten Kollegen mit ihren Familien die Steuerung doppelt schwer empfinden. Hingru kommt noch das starke Anziehen der Steuerfchraube. Auf solche Verhältnisse sei der 1907 abgeschlossene Tarif nicht berechnet gewesen und darum sei, in Anbetracht der sich bis zum 1. Januar 1912 erstreckenden Tarifdauer, das Gesuch um eine Steuerzulage wohl gerechtfertigt.

Auf dieses Gesuch gingen nur sehr wenige Antwortschreiben ein. Die Mitglieder der Prinzipalsorganisation verwiesen uns an ihre Organisation und die Nichtmitglieder wollten zum Teil den Tarif nicht kennen; behaupteten aber gleichzeitig, daß wir die Arbeitslöhne unserer Buchbinder im Laufe dieses Jahres schon in sehr angemessener Weise erhöht haben. Unter diesen und ähnlichen Ausreden fiel besonders die Wandfabrik W. Schüller u. Sohn, Barmen-Bischinghausen, auf, die wie folgt antwortete:

An den Vorstand des Deutschen Buchbinder-Bandes
J. G. des Herrn Hans Schaab
Eberfeld.

In Beantwortung Ihres Buchschreibens teilen wir Ihnen mit, daß wir eine Steuerzulage unseren Buchbindern nicht bewilligen können. Derselben haben ständige Hausarbeit und haben durchschnittlich einen Ueberberdienst bis zu ca. 15 Mk. per Woche.

Hochachtungsvoll
W. Schüller u. Sohn.

Ist sich die Firma Schüller u. Sohn ihres unsozialen Handelns denn gar nicht bewußt? Welche Löhne bezahlt die Firma ihren Buchbindern, daß sie nötig haben, außer Tagesarbeit auch noch Nachtarbeit zu leisten? Denn um „durchschnittlich einen Ueberberdienst bis zu zirka 15 Mark pro Woche“ zu erreichen, gehören unseres Erachtens nicht nur die halben Nächte, sondern auch die ganzen Sonntage. Hier kann von einem menschenwürdigen Dasein nicht gesprochen werden. Verbandsmitglieder sind bei dieser Firma selbstredend nicht beschäftigt.

Inzwischen hatte die Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes stattgefunden und man erteilte uns folgende Antwort:

Barmen-Eberfeld, 13. November 1909.

An den Vorstand des Deutschen Buchbinder-Bandes
Zustellstelle Barmen-Eberfeld.

Auf Ihre gest. Zuschrift im Oktober 1909 bet. eine Steuerzulage teilt der unterzeichnete Vorstand Ihnen mit, daß nach Beschluß der Hauptversammlung es für beide Teile nicht angemessen erscheint, an einem geschlossenen Vertrage während der Dauer desselben Änderungen vorzunehmen, die den einen oder anderen Vertrag schließenden Teil begünstigen oder schädigen können. Der mit Ihnen abgeschlossene Vertrag wird von den Arbeitgeberern eingehalten, trotzdem sich die Verhältnisse ganz entschieden zu ungunsten derselben geändert haben. Die Ungunst der Zeit macht sich bei den Arbeitgebern in erhöhtem Maße geltend, als bei den Arbeitnehmern. Wir bedauern daher, Ihrem Antrag keine Folge geben zu können.

Hochachtungsvoll
Fritz Müller.

Von sozialem Verständnis kann hier auch nicht geredet werden. Die Begründung der Mäßigung klingt wie Hohn, denn in dem Tarifvertrag sind sämtliche Löhne als Minimallohne bezeichnet, eine Grenze nach oben ist absolut nicht gezogen, ja es widerspricht dem Geiste der Tarifabschlüsse, wenn keine Erhöhungen vorgenommen werden dürfen. Und dann die Ablehnung: Die Ungunst der Zeit macht sich bei den Arbeitgebern in erhöhtem Maße geltend, als bei den Arbeitnehmern. Wer hat denn die Teuerung der letzten Zeit mit herbeiführen helfen? Wie haben sich die Unternehmer und deren Verbände angestrengt, um die gegenwärtige volksfeindliche Reichstagsmehrheit zusammenzubringen. Und nun leiden sie selbst am meisten darunter? Es wäre doch nicht mehr als gerecht, wenn die Arbeitgeber für die Folgen ihres Handelns auch einstünden. Als einzige Firma, die einen einsichtsvolleren Standpunkt einnahm, sei die Bilderrahmenfabrik von Bruno Gey genannt, die ihren Arbeitern eine Lohnzulage gewährte. Inzwischen befaßte sich die Mitgliederversammlung vom 20. November mit der Antwort der Prinzipale und beschloß, daß nunmehr jeder Kollege für sich um eine Lohnerhöhung vorstellig werden soll.

Köln. Daß Köln so lange nicht mehr in diesen Spalten vertreten war, hatte seine guten oder besser gesagt schlechten Gründe. Die hiesigen Kollegen glaubten nämlich, nach dem Abschluß des Tarifs Ende vorigen Jahres, sich dem Winterschlaf ergeben zu können. Die Mitgliederversammlung vom 27. November hat indessen anscheinend neues Verbandsleben erweckt, hatten wir doch seit der Tarifbewegung keine so gut besuchte und von so gutem Geiste besetzte Versammlung mehr als diese. Kollege G. v. d. Hoff war erschienen zu einem Vortrag: „Der Tarif, und wie verschaffen wir denselben überall Geltung“. Er ermahnte die Kollegen, ihre Lokalität abzustreifen, un-

ermüdtlich die Kleinagitation zu betreiben und sich von keinem Mißerfolg abschrecken zu lassen. Er verwies auf das Beispiel Krefelds, das früher sehr zurückgebliebene Verhältnisse hatte, aber heute eine gute Organisation besitze. Jetzt, wo die neuen Steuern das arbeitende Volk in seinen Tiefen aufgerüttelt haben, sei die günstigste Zeit hierzu. Besonders Augenmerk sei auf die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu richten, damit diese nicht beim nächsten Tarifabschluß wieder leer ausgingen und zu Konkurrenten der Gehilfen würden, was durch die sich stets verbessernde Technik sehr wohl möglich sein könne. Die Kollegen sollten aufmerksam unser Verbandsorgan lesen und auch mal ein gutes Buch in die Hand nehmen. Er schloß mit dem Auf: „Frisch ans Werk, drauf und dran!“ Die Diskussion gestaltete sich sehr lehrreich und interessant im Gegensatz zu manchen anderen Versammlungen, wo über Kleinlichkeiten stundenlang debattiert wurde. Es wurde mancher agitatorische Fingerzeig gegeben. Die Firma Krämer u. von Eisberg, die einzige größere Firma, die den Tarif noch nicht anerkannt hat, wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Diese Firma gebe viele Arbeit an „Kollegen“ und Arbeiterinnen nach Feierabend als Heimarbeit mit, bezahlt weder tarifliche Löhne, noch tarifliche Zuschläge für Ueberstunden, lasse Gehilfenarbeit von Mädchen anfertigen, überhaupt herrschten dort die traurigsten Zustände. Das einzige Zugeständnis machte die Firma, daß sie vom nächsten Geschäftsjahr ab (1. April 1910) die Feiertage bezahlen will. Es sollen, eventuell gemeinsam mit dem anderen Tarifkontrahenten, den Prinzipalen, Schritte unternommen werden, diese unwürdigen Zustände zu beseitigen, da dies auch im Interesse der Prinzipale liegt. Kollege Krumpert vom Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiterverband sagte uns dessen Unterstützung zu, in Fällen, wo wir gemeinsam arbeiten können, was dankbar anerkannt wurde. Interessant waren auch dessen Ausführungen über die „Christlichen“. Nachdem der Hilfsarbeiterverband durch intensive Agitation bei der frommen Firma J. P. Wagem dort sämtliche für ihn in Betracht kommende Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert hatte, machte die Hilfsfirma Zugeständnisse, die für einzelne bis zu 8,50 Mk. die Woche betragen, außerdem wurde die Arbeitszeit verkürzt und Zuschläge für Ueberstunden zugestanden. An diesen Verbesserungen sollten auch die Hilfsarbeiter der Buchbinderei teilhaben. Pöflich taucht Herr Hornbach aus der Versenkung auf und wird zu einer ganz unpassenden Stunde vorstellig, ohne mehr zu erreichen, als was schon bewilligt war. Großspurig wurden dann in den „Graphischen Stimmen“ die „Erfolge“ der christlichen Organisation ausposaunt. Des weiteren wurden Fälle zur Sprache gebracht, in denen die Christlichen, aus Mangel darüber, daß sie zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sind, bestrebt waren, uns Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Jeder Kollege solle es sich angelegen sein lassen, wo er mit Christlichen zu tun hat, diesem gewerkschaftlichen Januskopf die Heuchlermaske vom Gesicht zu reißen und die irreführenden Kollegen für unseren Verband zu gewinnen. Hoffentlich beherrigen die Kollegen die gegebenen Anregungen, unterstützen den Vorstand und die Funktionäre in ihrer Arbeit, dann wird es auch in Köln vorwärts gehen.

Solingen-Wald. Unsere Zahlstelle hatte am Totensonntag im Lokale des Herrn H. Bornhoff eine öffentliche Versammlung veranstaltet. In dieser sprach Kollege Kiesel-Duisburg über: „Die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften“. Die Versammlung hatte leider nur einen mäßigen Besuch. Sie hat indessen ihren Zweck nicht verfehlt, da sich unter den Anwesenden viele neuaufgenommene Mitglieder befanden, welche den interessantesten und fesselndsten Ausführungen des Vortragenden mit Aufmerksamkeit folgten. Redner schilderte den Werdegang der Gewerkschaftsbewegung und die Wirkung der durch die kapitalistische Wirtschaftsweise hervorgerufenen Krisen auf dieselbe. Er führte die traurigen Folgen der Krisen, die der Arbeiter zu erleiden hat, den Anwesenden vor Augen und zeigte an statistischen Forschungen, daß während solcher Zeiten die Kapitalistenklasse ein unvermindertes Einkommen habe. Da es nun die Regierung ablehnt, die Arbeiter wirksam vor den Krisenfolgen zu schützen, sich im Gegenteil in Zeiten des größten Arbeiterlebens auf Seiten der Kapitalisten stellt, so beginnt hier die Kulturarbeit der Gewerkschaftsbewegung. Auch die Zahlstelle Solingen-Wald hat im nächsten Jahre eine erste Arbeit zu leisten. Es gilt den Tarif, den sie vor 4 Jahren abgeschlossen, im nächsten Jahre einer Revision zu unterziehen. Die gewalttätige Vertreibung der Lebensbedürfnisse, hervorgerufen durch eine brutale Steuerpolitik, machen es unmöglich, unter den bestehenden Tariflagen fernerhin weiter zu arbeiten resp. davon zu leben. Darum treten wir im nächsten Jahre in eine Lohnbewegung. Möchten die Kollegen dann Mann für Mann an Pläze sein, damit wir einen guten

Erfolg zu verzeichnen haben. An die temperamentvollen Worte des Referenten schloß sich eine kurze Diskussion.

Krefeld. Der Streit wurde am 2. Dezember beendet und ein neuer Tarif auf vier Jahre abgeschlossen. Am Montag, den 29. November, fand die erste gemeinsame Sitzung der Prinzipals- und Gehilfenvertreter statt. Das Angebot der Prinzipale erschien aber den Gehilfenvertretern nicht weitgehend genug, weshalb es den Streitenden unterbreitet wurde. In einer Streikversammlung, die am 30. November im Lokale Neuen stattfand, wurde das vorliegende Angebot der Prinzipale abgelehnt und in einer entsprechenden Resolution noch einige Wünsche der Arbeiter zum Ausdruck gebracht. Darauf tagten die beiderseitigen Tarifkommissionen und wurden von Seiten der Arbeitgeber noch einige Zugeständnisse gemacht. Am 2. Dezember morgens fand dann wiederum eine neue Streikversammlung statt, in welcher sich eine ziemlich wichtige Diskussion über das Erreichte bemerkbar machte, aber dann doch in gleicher Abstimmung mit einer sehr knappen Mehrheit der neue Tarif angenommen wurde. Derselbe bringt die neuneneinviertelstündige Arbeitszeit (bisher neuneneinhalb Stunden), Erhöhung der Minimallohne für Gehilfen und Hilfsarbeiter bei den einzelnen Positionen um 1 Mk. Der höchste Minimallohn für Gehilfen beträgt demnach 25 Mk. (bisher 23 Mk.), für Hilfsarbeiter 21 Mk. (bisher 20 Mk.). Die Bezahlung der Feiertage ist ebenfalls im neuen Tarif wieder vorgegeben und auch den Affordarbeitern tariflich garantiert. Auch bietet der Tarif sonst noch einige Verbesserungen, so daß der Streit nicht ungünstig abgelaufen ist, sondern der Kollegenschaft doch mancherlei Vorteile gebracht hat. Leider sind Maßregelungen zu verzeichnen, indem einige Firmen erklärt haben, bestimmte Kollegen nicht wieder einstellen zu wollen. Es entspricht dieses nicht den getroffenen Vereinbarungen und paßt auch schlecht zu der Tatsache, daß die Kollegenschaft keineswegs gestungen war, den Kampf abzugeben, sondern sich zum größten Teil nur von dem Gesichtspunkt leiten ließ, zu einem ehrlichen Frieden zu gelangen. Es ist zu hoffen, daß auch die Prinzipalsorganisation im tariflichen Interesse für Einstellung der Draußenbleibenden eintreten wird. Am 2. Dezember abends wurde festgestellt, daß von den rund 160 am Streit beteiligt gewesen Personen zirka 30 Personen nicht wieder eingestellt werden. Diese Zahl dürfte aber wohl in einigen Tagen ganz erheblich verringert werden. Auf alle Fälle wird die Organisation für die Gemäßigten eintreten. Die Kollegen und Kolleginnen, von denen ein Teil erst kurze Zeit der Organisation angehören, haben jedenfalls den Wert der Organisation kennen gelernt. Wenn sie auch in Zukunft treu zum Verband halten, dürfte das neue Tarifwerk allen zum Segen reichen. Darum, Kollegen und Kolleginnen, wahr dem Verband die Treue, die derselbe auch an Euch bewiesen hat und weiter beweisen wird. Bedenket, daß ein Tarif um so besser bestehen und wirken kann, je stärker die Organisation, die zu seiner Ueberwachung bereit ist. Nach wie vor muß die alte Losung lauten: Saltet fest an der Organisation!

Da noch eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen draußen steht, ist der Zugang nach Krefeld vorläufig noch fernzuhalten. Dieses wollen alle auswärtigen Kollegen beachten. Krefeld bleibt also bis auf weiteres gesperrt.

Berlin. Eine Presserversammlung der Luxuspapierbranche nahm am 30. November im Gewerkschaftshaus Stellung zu einem neuen Bronzschneid- = Vergoldeverfahren, welches nach ihren Erfindern berufen sein soll, eine gänzliche Umwälzung in der Preisvergoldung herbeizuführen, da es die Vergoldung mit Blattmetall gänzlich ausschalten will. Begünstigt wird die Einführung des neuen Verfahrens dadurch, daß nicht die Anschaffung neuer Maschinen notwendig ist, sondern die alten Antriebspressen hierzu ummontiert werden können. In Nr. 40 der „W.-Ztg.“ wurde das Verfahren schon erläutert. In der zirka dreißigtägigen, sehr lebhaften Diskussion war man allerdings recht geteilter Ansicht über die Zukunft dieses neuen Vergoldeverfahrens. Während von der einen Seite die nach dem neuen Verfahren vergoldeten Ansichtskarten als Ramschware bezeichnet wurden und man es nur als eine Frage der Zeit betrachtete, daß diese Maschinen wieder „in die Erde gestellt würden“, wie es sogar jetzt schon vorgekommen ist, wies man von der anderen Seite auf die vorliegenden mit Blattmetall und Bronzedruck vergoldeten Postkarten hin, bei denen der Unterschied in der Vergoldung so gering sei, daß wohl der Fachmann, schwerlich jedoch der Laie einen Unterschied zwischen beiden finden werde. Köllige Uebereinstimmung herrschte aber darin, daß bei der jetzigen Konstruktion der Maschinen es ausgeschlossen sei, einem Arbeiter und ganz und gar nicht einer Arbeiterin zuzumuten, dauernd an denselben zu arbeiten. Denn

die Bronzestaubentwicklung ist eine so enorme und die gesundheitschädigenden Einwirkungen derselben so groß, daß man mit aller Entschiedenheit hierzu Stellung nehmen müsse und selbst vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückzusehen solle. Nicht aber bloß die an diesen Maschinen Arbeitenden, sondern alle in solchen Räumen Beschäftigten haben unter dieser Staubeentwicklung zu leiden; es muß deshalb von den zuständigen Behörden ein schleuniges Einschreiten hiergegen gefordert werden. Selbstverständlich müsse man unter den jetzigen Umständen die Zumutung, im Afford zu arbeiten, strikte zurückweisen. Als warnendes Beispiel gab eine Kollegin ihre Erfahrungen zum besten, die schon nach einer circa 2-wöchigen Beschäftigung an solcher Maschine fast fünf Monate guter Pflege und Erholung bedurfte, um ihre durch den Bronzestaub zerrüttete Gesundheit wieder herzustellen. Damit die Angelegenheit gründlich und schleunigst weiter geprüft und weitere Schritte baldigt unternommen werden, um die Kollegenschaft vor diesem so außerordentlich gesundheitschädlichen neuen Verfahren zu bewahren, wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Zum Schluß gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme, deren Durchführung nun natürlich allen Branchenangehörigen zur Pflicht gemacht wird.

„Die am 30. November 1909 im Gewerkschaftshause tagende Preiserverammlung ist nach reiflicher Aussprache über das neue Bronzegrundverfahren der übereinstimmenden Ansicht, daß die jetzige Arbeitsmethode und Konstruktion der Maschinen durch Bronzestaubentwicklung eine schwere gesundheitliche Schädigung nicht bloß für die an diesen Maschinen Arbeitenden, sondern für alle in diesen Räumen Beschäftigten bedeutet. Sie fordert deshalb nachdrücklich alle Branchenangehörigen auf, dahin zu wirken, daß die gesundheitschädlichen dieser neuen Technik durch bessere Konstruktion der Maschinen, abgeschlossene Räume für dieselben, Verbot jeder Raucher- und Frauenarbeit, ständige Arbeitszeit, gute Ventilation, Lieferung von Milch und alkoholfreien Getränken, Schaffung genügender Reinigungs-gelegenheit (Abgelegengeit usw.) möglichst ausgemergelt werden.“

Leipzig. Zu einer vorübergehenden Arbeits-einstellung kam es am Sonnabend, den 4. Dezember, in der Firma G. A. Enders. Die Ursache dazu bildete die plötzliche Entlassung des Kollegen S., der lange Zeit als Mitglied des Arbeiterausschusses tätig gewesen ist und seine Aufgabe in anerkannter Weise zu lösen versucht hat. Eine ihn persönlich betreffende Tariffdifferenz, die sich schon seit etwa 14 Tagen hinzog, veranlaßte den Kollegen zu einer Rücksprache mit dem Chef der Firma, die damit endete, daß dem Beschwerdeführer in erregtem Tone die Tür gewiesen wurde, was von diesem nur als Entlassung aufgefaßt werden konnte. Darüber geriet das Personal in eine heftige Aufregung, die zunächst zu einem passiven Widerstand führte. Eine vom Bevollmächtigten nachgesuchte Unterredung mit der Geschäftsleitung wurde für nachmittags 3 Uhr zugezagt. Inzwischen war jedoch die Aufregung derart gestiegen, daß gegen 11 Uhr vormittags etwa 250 Kollegen und Kolleginnen geschlossen den Betrieb verließen, denen sich in den Mittagsstunden ohne Zweifel auch die übrigen angeschlossenen haben würden, wenn nicht in der Zeitungabteilung durch Schließen der Garderobräume besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen worden wären, die das Verlassen der Arbeit erschwerten.

Am Nachmittag kam es zu der bereits zugefügten Unterredung mit dem Chef der Firma, an welcher sich eine Kommission des Personals und der Bevollmächtigte beteiligten, während andererseits der Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Herr Köllner, hinzugezogen war. Im Verlauf der Unterredung erklärte Herr Enders, daß von einer Maßregelung keine Rede sein könne, er möge wohl durch eine Reihe von Unzuträglichkeiten in eine etwas verzerrte Stimmung geraten sein, an eine Entlassung habe er jedoch keineswegs gedacht. Damit war der Hauptgrund, der zum Verlassen der Arbeit führte, beseitigt, so daß die Wiederaufnahme der Arbeit unbedenklich zugesagt werden konnte, die denn auch nachmittags gegen 5 Uhr erfolgte. Eine Reihe weiterer Beschwerden des Personals wurden der neugewählten Geschäftskommission zur Erledigung überwiesen, zu deren Unterstützung der Bevollmächtigte hinzugezogen werden soll.

Wernerstwert ist, daß Herr Enders sowohl als auch Herr Köllner, welcher letzterer sich übrigens in anerkannter Weise um die Beilegung des Konfliktes bemühte, mit Nachdruck darauf hinwies, daß durch die Niederlegung der Arbeit ein Tarifbruch begangen sei, welcher Auffassung wir aber mit aller Entschiedenheit widersprechen müssen, weil wir mit Recht erwarten können, daß Beschwerdeführern, mögen sie in eigener Angelegenheit oder im Auftrage ihrer Kollegen vorkommen, eine Behandlung zuteil wird, die nicht verlegend wirkt. Das ist im vorliegenden Falle außer acht gelassen worden; wir sind aus diesem Grunde auch nicht in der Lage,

unseren beteiligten Kollegen und Kolleginnen ob ihres Verhaltens einen Vorwurf zu machen.

Stuttgart. In der gut besuchten Mitgliederversammlung vom 27. November 1909 referierte Herr Dr. med. R. Ries über: „Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen.“ Das von tiefem sozialen Verständnis zeugende Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Dankbar wurde auch anerkannt, daß der Verein zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten unentgeltlich Referenten zur Verfügung stellt. Aus der Mitte der Versammlung wurde bedauert, daß nicht schon längst derartig wirklich aufklärende Vorträge auf diesem Gebiete gehalten wurden und zugleich der Wunsch ausgesprochen, daß in Zukunft ähnliche Vorträge in den Versammlungen gehalten werden sollen.

Sodann berichtete der Vorsitzende, Kollege Schröter, über die weiteren Verhandlungen betreffs Eindämmung der Frauenarbeit. Der Begriff „schwache Zeitschriften“ wurde vom Stuttgarter Tariffschiedsgericht dahingehend definiert, daß vier Bogen starke Zeitschriften als solche zu gelten haben. Das Leipziger Tarifamt entschied sich aber gar für sechs Bogen. Folgende Protestresolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Mitglieder der Zählstelle Stuttgart protestieren nachdrücklich gegen den Beschluß des Leipziger Tarifamtes, wonach Zeitschriften mit 6 Bogen noch als „schwache Zeitschrift“ gelten sollen. In der Sitzung des Stuttgarter Tariffschiedsgerichts, welche am 22. November d. J. mit den Prinzipalen stattfand, wurde einstimmig festgelegt, daß höchstens 4 Bogen als „schwache Zeitschrift“ zu betrachten seien. Selbst diese Zahl halten die Stuttgarter Mitglieder für zu hoch gegriffen und unsere Kollegen im Tariffschiedsgericht erklärten, nur unter den jetzt gegebenen Verhältnissen, diesem zugestimmt zu haben. Unter keinen Umständen darf deshalb der Leipziger Tarifamtsbeschluß den kommenden Tarifverhandlungen als Richtschnur dienen.“

Kottbus. Am Sonntag, den 28. November, nachmittags 2 Uhr, tagte im „Stadtparc-Restaurant“ eine öffentliche Versammlung der Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen sowie der in verwandten Betrieben beschäftigten Personen. Trotz lebhafter und reger Agitation war dieselbe leider nur schwach besucht. Zu dieser Versammlung waren von der Zentralkommission der Kontobucharbeiter Deutschlands die Kollegen Keesje, Berger und Ehrlich erschienen, davon letzterer als Referent und außerdem vom Gauborstand Kollege Lemfer. Die Versammlung konnte erst um drei Uhr eröffnet werden, da die Polizeibehörde wegen der Sonntagsruhe Einspruch erhoben hatte. Der Referent schilberte einleitend in seinem Thema: „Ein Rückblick auf unsere beruflichen Verhältnisse und welche Aufgaben haben wir?“ das Entstehen und Werden der Buchbinderei, deren Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb sowie die Nebenerscheinungen dieser Entwicklung, wie z. B.: Arbeitslosigkeit usw. Er unterzog darauf die hiesigen Verhältnisse im Vergleich zu denjenigen in anderen Orten einer besonderen Kritik, erwähnte hierbei, daß Kottbus als Ort der Schmutzkonkurrenz für alle anderen Städte der Kontobuchbranche gelte. Die Affordpreise in Berliner Betrieben mit gleichen Arbeitsmethoden sind bedeutend höher wie in Kottbus. Redner wies dann noch ausführlich auf den Zweck und Nutzen des Buchbinderverbandes hin. Wenn sich alle Berufsangehörigen demselben anschließen, werde auch für Kottbus die Zeit nicht mehr fern liegen, in der die Arbeitslöhne tariflich geregelt werden können. In der darauf folgenden Diskussion sprach zunächst Kollege Lemfer über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse sowie über den Steuerdruck, welcher die Lebenslage der Arbeiter noch trauriger gestalte, was Redner durch statistisches Material bewies. Weiter ging er auf den Wert der tariflichen Abmachungen ein und führte in seinen Schlusaussführungen ebenfalls den Anwesenden den Wert der Organisation vor Augen. Kollege Niedenfürh bemängelt den schlechten Besuch der Versammlung. Das komme daher, daß sich die jungen Arbeiter zu sehr in Fußball- und ähnlichen Vereinen betätigen. Diese Sport- und Klimbimberne seien die Veranlassung, daß der Arbeiter über seine wirtschaftliche Lage nicht nachdenke. Bei eintretender Arbeitslosigkeit verlassen sich diese auf ihre Eltern, welche sie dann ernähren müssen. Kollege Berger weist auf die Erfolge der Organisation in anderen Städten hin, beschäftigt sich dann des längeren mit den hiesigen Verhältnissen. Auch er beleuchtet den Wert des Zusammenschlusses der hiesigen Berufsangehörigen und gibt der Meinung Ausdruck, daß die Zeit nicht fern liegt, in der tarifliche Verhältnisse besetzen werden. Kollege Kober schilbert, daß ein großer Teil von Berufsangehörigen den Versammlungen fern bleibt und sich aus Furcht auch nicht dem Verbandsanschließen, weil die Väter in Staatsdienste stehen oder als Arbeiter im Staats- oder Stadtbetriebe beschäftigt sind. Hier wird jede Meinungsfreiheit unterdrückt, die Kollegen und Kolleginnen sollten sich endlich einmal auf ihr eigenes Ich besinnen und Mitglieder werden trotz alledem. Im weiteren Verlauf

der Debatte kommt Kollege Keesje nochmals auf die Umstände zu sprechen, die am hiesigen Orte die Arbeiter von ihrer Organisation abhalten. Hierbei spricht er auch über den Schnapsbott, von dessen Wirkungen man in Kottbus leider nichts verspüre. Als er am Sonnabend mit einigen Kollegen einen Rundgang durch eine Reihe von Lokalen machte, habe er gesehen, daß ein Glas Bier auf den Tischen zur Seltenheit gehörte. Die großen Flaschen mit Fusel seien es, über die der Arbeiter seine Pflichten vergesse. Daher komme es auch, daß die Arbeiterbewegung in Kottbus so rückständig sei. Kollege Berger, welcher nochmals das Wort ergreift, bespricht hauptsächlich die Stellungnahme der Kontobuchfabrikanten zur Gewerbeordnungsnovelle und empfiehlt, die Augen offen zu halten. Nachdem noch einige Diskussionsreden sich an der Debatte beteiligt hatten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Kattowitz. Eine außerordentlich gut besuchte Monatsversammlung fand am 4. Dezember in Kattowitz statt. Das vom Vorstand ausgearbeitete Ortsstatut wurde mit einigen kleinen Änderungen seitens der Versammlung angenommen. Jedes Mitglied erhält das Ortsstatut zugestellt. Eine außerordentlich lebhaft diskutierte Diskussion entpann sich über den unter Kattowitz in der „Buchbinder-Zeitung“ vom 27. November enthaltenen Bericht. Die im Bericht enthaltene Bemerkung, welche die auswärtigen, speziell die Gleiwitzer Kollegen betrifft, wurde von denselben als Beleidigung ausgelegt. Der Vorstand erklärte, daß es ihm ferngelegen habe, irgendeinen der Kollegen an seiner Ehre anzugreifen. Die dargelegten Gründe für das Fernbleiben der Gleiwitzer Kollegen wurden als stichhaltig angesehen. In alle Kollegen ergeht aber auch die dringende Mahnung, alle Streitigkeiten einzustellen und fleißig zu agitieren für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes in Oberschlesien.

Rundschau.

Die Wahl des Gesellenausschusses der Berliner Buchbinder-Zunngung findet am Montag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Allee 15, statt. Wir halten es für eine Pflicht der Verbandskollegen, soweit sie bei Zunngungsmitteln arbeiten, sich an dieser Wahl, welche nur eine kurze Zeit in Anspruch nimmt, zu beteiligen, zumal auch zugleich die Wahl der Vertreter des Zunngungsschiedsgerichts dort vorgenommen werden muß.

Wieder eine Handabquetschung an der Minervapresse. Von einem sehr schweren Unfall wurde am 3. Dezember die Prägerin Vertha Vorhardt in der Berliner Lugsuspapierfabrik von Kreslawsh betroffen, die mit der linken Hand in die Minervapresse geriet, die ihr dabei dermaßen zugerichtet wurde, daß sie im Krankenhaus amputiert werden mußte. Außerordentlich auffallend ist dabei, daß dies der siebente Unfall in einem Zeitraum von 7 Jahren in diesem Betriebe ist, darunter 4 Unfälle an der Minervapresse. Unwillkürlich muß man da auf den Gedanken kommen, daß anscheinend ein etwas fahrlässiges Spiel mit den gesunden Gliedern der Arbeiterinnen in diesem Betriebe getrieben wird, welche Vermutung unterstützt wird durch die uns kaum glaublich klingende Mitteilung, daß an den Maschinen die Ausschaltung abgestellt war, so daß sie ununterbrochen liefen!

Besonders hervorzuheben ist noch, daß sogar der eine Chef selbst Vorstandsmitglied der Unfall-Versicherungsgenossenschaft ist und somit doch am allerersten sich verpflichtet fühlen müßte, daß solche groben Verstöße vermieden werden. Jetzt natürlich hat man nach folcher Lehre gleich Anweisung gegeben, daß die Maschinen nicht mehr durchlaufen dürfen. Auch in der Lugsuspapierfabrik von Stange kam in vergangener Woche eine Kollegin ebenfalls mit der Hand in eine Minervapresse, kam in dessen mit weniger schweren Verletzungen davon, obwohl auch sie im Krankenhaus aufgenommen werden mußte. Unseres Erachtens sollte die Versicherungsgenossenschaft eine schärfere Kontrolle ausüben, besonders, wenn solch Unfälle in einem Betriebe innerhalb ganz kurzer Zeit vorkommen. Es würde beifallsweise schon von heilsamer Wirkung sein, wenn solchen Verletzungen gegenüber der § 112 und 136 des G.-U.-V.-G. angewendet würde, nach welchen die Versicherungsgenossenschaft befugt ist, extra hohe Beiträge von ihnen zu erheben und die Schuldigen bei solchen Unfällen regreppflichtig zu machen. Dies wäre allein schon ein sehr gutes Mittel, unsere Kolleginnen vor Unfällen und die Genossenschaft vor Ausgaben zu bewahren, die oft vermieden werden könnten. Mit allem Nachdruck aber fordern wir, wofür wir wiederholt plädiert haben, daß die Beschäftigung von Kolleginnen an solchen gefährlichen Maschinen über-

haupt verboten wird und eruchen alle Berufsangehörigen, uns in diesem Streben zu unterstützen.

Ein Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften unterbreitet zum drittenmal der Bildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei den deutschen Arbeitern vor dem Weihnachtsfest. Als vor drei Jahren mit einer Zusammenstellung guter Bücher für die Arbeiterjugend der Anfang gemacht wurde, stand nur ein kleines Häuflein von Büchern zur Verfügung, aus dem nach gewissenhafter Prüfung 83 Bücher als brauchbar herausgefunden wurden. Im vorigen Jahre konnte das Verzeichnis nach einer fleißigen Prüfungsarbeit auf 184 erweitert werden. Dieses Verzeichnis ist den Verlegern von Jugendschriften zugesandt worden, die daraufhin alle ihre sonstigen Jugendbücher, die noch nicht im Verzeichnis vertreten waren, an den Bildungsausschuss zur Prüfung einsandten. Viele Hunderte von Büchern gingen ein, wodurch dem Bildungsausschuss und den Genossen und Genossinnen, die mit dankenswerter Eifer die Prüfung der Jugendschriften ausführen, eine so große Arbeit

erwuchs, daß es nicht gelungen ist, alle eingesandten Bücher unserem Grundsatz gemäß von drei verschiedenen Personen prüfen zu lassen. Die nicht erledigten Bücher können deshalb nebst den zu erwartenden Neuerwerbungen erst für das Verzeichnis des nächsten Jahres in Betracht kommen. Immerhin konnten so viele Bücher ordnungsgemäß geprüft werden, daß unser Verzeichnis in diesem Jahre 355 Nummern aufweist, ganz abgesehen von den vielen Büchern, die von unseren Prüfungsinstanzen abgelehnt worden sind. Nur ungern hat der Bildungsausschuss das Verzeichnis so stark anwachsen sehen, da er eigentlich über einen gewissen Umfang nicht hinausgehen wollte. Es hat sich aber als unmöglich herausgestellt, die vielen guten Jugendschriften älteren und neueren Datums, die noch nicht in unserem Verzeichnis enthalten sind, unberücksichtigt zu lassen. Obwohl für das Verzeichnis grundsätzlich die billigeren Bücher bevorzugt worden sind, hat es sich doch nicht vermeiden lassen, eine Anzahl teurer Bücher mit aufzunehmen. Der Bildungsausschuss empfiehlt den Arbeiterorganisationen, derartige

Bücher für ihre Jugendbibliotheken anzuschaffen, damit auf diesem Umwege gelegentlich einmal ein wertvolles teures Buch in ein Arbeiterheim gelangt. Das Verzeichnis wird Interessenten auf Wunsch von der Geschäftsstelle des Ausschusses, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zugefandt.

Adressenänderungen.

Vertretliche Bevollmächtigte.

Konstanz. Eugen Frank, Tägermoosstr. 20.

Briefkasten.

Ein Sachfehler ist in dem Inserat der Zahlstelle Mainz in letzter Nummer stehen geblieben; statt „Mainz“ muß es „Heidelberg“ heißen.

G. G., Stuttgart. Verschonen Sie uns bitte mit den ferneren Beweisen Ihrer Begabung, uns ist von der einen Kostprobe schon übel geworden. Zurückgestellt: Bericht aus Regensburg.

ANZEIGEN

Nachruf!

Am Samstag, den 4. Dez. 09, verschied nach kurzer Krankheit unser Kollege

Gottlob Geißler

aus Rürtingen im Alter von 62 Jahren.

Der Verstorbene war uns allezeit ein lieber Kollege und treuer Mitarbeiter, dem es voriges Jahr vergönnt war, sein 40jähriges Geschäftsjubiläum noch in guter Gesundheit zu feiern. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken dauernd bewahren.

Das Personal der Firma Heier, Koch, Großbuchbinderei, Stuttgart.

Der Kollege Oskar Hennemann wird in einer wichtigen Angelegenheit um Angabe seiner Adresse erucht.

Wanders Schmale

(Hirzel-Göppingen, Freihofstr. 32.)

Gerade Titel drucken Sie

sicher mit den alten bewährten Schriftkassen, welche die bekannte Firma F. Klement-Leipzig fertigt.

Buchbinderei

mit flottem Ladengeschäft und hübschem Anwesen, ohne Konkurrenz, in freundl. Markt Oberbayern zu verkaufen. Ernstl. Reflektanten mit größerer Anzahlung wollen Offert. einreichen unt. „Selten“ 190 an die Expedition dieses Blattes.

Allt Gold, Kehrgold, Gummi, Watte usw.

kauft zu hohen Preisen, Rasse sofort, Willy Thiele, Leipzig-Gutr., Geißelstr. 11.



Lieterung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt O. Th. Winckler, Leipzig

Essener Zentral-Arbeitsnachweis für Buchbinder (Spezialarbeiter), Falzerinnen etc., Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Einlegerinnen.

Wir machen die Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam, daß oben genannter kostenfreier Zentral-Arbeitsnachweis an folgende Adressen verlegt ist. Wir eruchen die Kollegen im Industriebezirk, freierwerbende Stellen sowie Stellensuche möglichst schnell der Zentrale Essen mitzuteilen. Das Umschauen ist im Interesse der Einrichtung zu vermeiden.

Die Arbeitsnachweisleiter:

Jos. Kiltrop, Essen, Brigittastr. 37 part., Telephon 2246.

Wilk. Kotz, Bochum, Wiemelhauserstr. 38/42, Telephon 98.

W. Meyer, Gelsenkirchen, Schalkerstr. 45 II.

Zahlstelle Stuttgart.

Am 4. Dezember ist nach kurzer Krankheit unser langjähriges treues Mitglied, der Kollege

Gottlob Geißler

aus Rürtingen im Alter von 62 Jahren gestorben.

Dem wackeren Kämpfer werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Zahlstellenvorstand.

Zahlstelle Erlangen.

Am 1. Dezember verstarb unser langjähriger Kollege

Georg Wenzel

an der Proletarierkrankheit im Alter von 27 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Verwaltung.

Buchbinderei in Berlin.

Großartige Existenz für jungen Anfänger mit nur prima zahlungsfähiger Kundschaft, ist größerer Unternehmungen wegen zu verkaufen. Erforderlich zirka 6000 Mk., Anzahlung 3000 Mk., evtl. ist Teilhaberschaft für beide Unternehmungen nicht ausgeschlossen.

Offerten erbeten unter Chiffre R. 167 an Daube & Co., Berlin, Chausseestr. 90.



Wichtig für alle Konsumenten von Kleister, Pflanzenleim, flüss. Leim!

Warum wollen Sie Wasser, Fässer, und dafür teure Frachten bezahlen? Sie ersparen alles dies, d. h. viel Geld, auch Aerger, Reklamationen, durch einfachste Selbstherstellung preislich und qualitativ konkurrenzloser Leime und Kleister aus der neuen, in 22 Staaten patentierten

billigen Reis-Eiweiss-Stärke

„Protamol“

in Mehlform der

I. Triester Reisschälfabriks-Akt.-Ges., Triest

Generalvertreter: Carl Cordes, Magdeburg